

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erste Ausgabe am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schwan.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rübstraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 6800.

Insertionsgebühr pro sechsgepalte Kolonne:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **580 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Unter den deutschen Werften nehmen die Vulkanwerke in Hamburg und Stettin eine Ausnahmestellung ein. Während der Stettiner Vulkan, wie das Unternehmen vor seiner Ansiedlung in Hamburg firmierte, in den Jahren 1900 bis 1907 Dividenden von je 14 Prozent verteilte und selbst in den Jahren 1908 und 1909, in denen die übrigen Schiffbauunternehmungen erhebliche Gewinnrückstellungen erlitten und deshalb Dividendenlos blieben, 12prozentige Dividenden zahlte, schreitet er für das Jahr 1912 fast zu einer Halbierung her in den beiden letzten Vorjahren gezahlten Dividende von 11 Prozent. Dieses Ergebnis hat nicht geringe Überraschung hervorgerufen, da die meisten anderen Werften gerade für das verfloßene Jahr bekanntlich wesentlich gesteigerte Ertragsnisse aufzuweisen können. Offiziell erklären die Vulkanwerke, daß die zur Abfertigung gekommenen Bauten für die deutsche Kriegsmarine einen Verlust von etwa 2 Millionen Mark gebracht haben, sie berufen sich auf ihren vorjährigen Geschäftsbericht, in dem schon betont worden ist, daß die dem Schiffbau von der Marine und der heimischen Handelsflotte zugewiesenen Aufträge auf große Typen dauernd zu verlustbringenden Bedingungen erfolgten. Nach den weiteren Angaben der Gesellschaft ist für das Geschäftsjahr 1912 ein Gewinnüberschuss vorhanden, der bei einer Dividende von 6 Prozent es noch erforderlich macht, den ungefähren Betrag für den Verlust an Bauten für die Kaiserliche Marine aus der von selber her bereiten Dividende zu entnehmen. Die im Jahre 1911 und 1912 für 1913, 1914 und 1915 gemachten Abschlässe sind zwar nicht sehr betrübend, jedoch wird zum Schluß erklärt, immerhin aber sei anzunehmen, daß mit dem Geschäftsjahr 1912 die Verluste überschritten ist. Schon das Jahr 1913 dürfte geringere Opfer fordern und die Verbesserung sich in den folgenden Jahren fortsetzen.

Da die Dividende von 6 Prozent 900 000 M erfordert, so würde rechnerisch ohne die Heranziehung der Dividende von 2 Millionen Mark ein Verlust von etwa 1 Million Mark ergeben. Noch im Januar ist Vordienblätter von Preisen, die der Vulkanverwaltung nahesteht, die Mitteilung gemacht worden, daß voraussichtlich eine Dividende von wieder 11 Prozent zur Ausschüttung gelangen werde, obwohl sich der Gewinn etwas geringer stelle als im Vorjahr. Bisher ist keine Erklärung dafür gegeben worden, woher es kommt, daß die Vulkanwerke ihren Gewinnverteilungsplan plötzlich umgeworfen haben, es drängt sich die Vermutung auf, daß die Gesellschaft die Ungunst des Abschlusses stark übertrieben, um auf diese Weise ihre Preisforderungen zu stützen. Bei einem Kapital von 15 Millionen Mark waren in der Bilanz vom 31. Dezember 1911 an offenen Reserven 9,3 Millionen Mark vorhanden, und zwar 5,3 Millionen Reserverfonds, 2 Millionen Garantiefonds und 2 Millionen Dividendenfonds. Dabei muß die Gesellschaft über sehr bedeutende stille Reserven verfügen; sie hat zur Durchführung der Hamburger Anlagen das Kapital nur um 5 Millionen Mark erhöht und eine Obligationenleihe im Betrage von gleichfalls 5 Millionen Mark aufgenommen, während in Hamburg etwa 25 bis 30 Millionen Mark investiert wurden. Bei diesen enormen Reserven hätte die Gesellschaft, ohne die inneren Verhältnisse ernstlich zu schwächen, die Dividende aus den angehäuften Gewinnen wieder auf 11 Prozent, wie ursprünglich auch geplant war, bemessen können. Daß sie davon Abstand nahm, muß auf irgend welche Nebenabstimmungen zurückgeführt werden. Der Kurs der Vulkanaktien stürzte auf die Nachricht der Dividendenreduktion an einem Tage um 39 Prozent auf 130 Prozent.

Zusätzlichgebend für die Beurteilung der Gewinnhöhe rentabler Unternehmungen sind die „stillen“ Reserven, die, wie ihr Name schon sagt, der öffentlichen Kenntnisnahme entzogen werden. Zu den Unternehmungen, die ihre „stillen“ Reserven nicht mehr bergen können, gehören die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin-Karlshöhe, die mit der Aktiengesellschaft Ludwig Löwe, den Vereinigten Adl-Notenweiller Pulverfabriken und den Dürener Metallwerken den sogenannten Waffenzweig bilden. Die Geschäftsjahre des Abschlusses dieses Konzerns für das Jahr 1912 wurden soeben veröffentlicht. Nach Abschreibungen und Rückstellungen, die von der Verwaltung als angemessen bezeichnet werden, ist ein Reingewinn von 5,77 Millionen Mark gegen 4,86 Millionen erzielt worden. 1911 betragen die ordentlichen Abschreibungen und 2 Millionen Mark, die Dividenden, die für die Jahre 1909 bis 1911 fast auf 22, 24 und 25 Prozent gestellt hatte, erhöht für 1912 eine Steigerung auf 32 Prozent.

Seit Anfang 1912 sind die Aktien der Gesellschaft von 415 auf 570 Prozent gestiegen, die starke Kurssteigerung wurde mit der Annahme begründet, daß die Gesellschaft, wie sie es jetzt ist, eine höhere Dividende verteilen werde, dann aber ist mit der Möglichkeit gerechnet worden, daß die Gesellschaft einen Teil der zurückgehaltenen Gewinne ihren Aktionären in irgend einer Form zuführen werde. Bei einem Kapital von 15 Millionen verfügte die Gesellschaft Ende 1911 über offene Reserven von 5 Millionen Mark, der Bilanzwert des Grundstücks- und Gebäudewertes war mit 4 869 223 M eingestuft, das Maschinenkonto, das Roh- und Fertigungskonto, das Fuhrwerks- und Pferdekontos, das Roh- und Gerüstkontos, das Patent- und Lizenzkonto stand mit

je einer Mark zu Buch. Das Bankguthaben betrug 27 Millionen Mark, die Forderungen an Behörden und sonstige Debitoren wurden mit 7 Millionen Mark angegeben, die im Besitz der Gesellschaft befindlichen Effektenbeteiligungen, Kautionen und Hypotheken mit 3,9 Millionen Mark, dagegen die Kreditoren (Anzahlungen, Reserven und wirkliche Kreditoren) mit 21,9 Millionen Mark. Von einem Berliner Bankhause, das die Bilanzen der Gesellschaft nachprüfte, wurde festgestellt, daß in der Bilanz von 1910 an Stelle des erwähnten gemeinschaftlichen Grundstücks- und Gebäudewertes von 4 869 223 M ein Grundstückskonto mit 4 869 222 M und ein Gebäudewertkonto mit 2 Millionen Mark figurieren. Es ist also das gesamte Gebäudewertkonto in dieser Zusammenfassung auf eine Mark abgeschrieben worden. Die Gesellschaft besitzt eine Waffenfabrik in Marzlinde, eine Kugellager- und Stahlkugelfabrik in Wittenau, sowie eine Munition- und Maschinfabrik in Karlsruhe. Alle diese umfangreichen Gebäude stehen mit 1 M zu Buch.

Enorme innere Reserven enthält der Posten Effekten, Beteiligungen etc., der in der Bilanz 1911 mit 3,9 Millionen Mark angegeben war. 1909 besaß die Gesellschaft 1,98 Millionen Mark Aktien und 800 Genussscheine der Waffenfabrik Mauser, 3,06 Millionen Franken der belgischen Waffenfabrik Herstal, 1,50 Millionen Mark Aktien der Dürener Metallwerke, 387 000 Gulden der ungarischen Waffenfabrik-Actien, 1,05 Millionen Mark der Motoren- und Fahrzeug-Actien. Ferner ist die Gesellschaft beteiligt an einem französischen und italienischen Unternehmen, über den Umfang und die Art ihrer Beteiligungen macht die Verwaltung keine Einzelangaben mehr. Bei sehr vorsichtiger Schätzung kam die Bankfirma zu dem Resultat, daß allein in dem Bilanzposten „Beteiligungen“ stille Reserven von 14 bis 16 Millionen liegen, denn alle die genannten Unternehmungen erzielen schon lange Jahre hindurch, wie die Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken selbst, eine glänzende Rentabilität. So standen z. B. 1909 die Herkuleswerke mit 36,4 Prozent zu Buch, während die Herkuleswerke 1911: 24 Proz. Dividenden verteilte. Welcher Bilanzposten auch immer untersucht wurde, stets ergab sich das Vorhandensein von Millionen an Reserven, die vor den Augen der Außenstehenden verbleiben werden. Längst hätte die Gesellschaft wesentlich höhere Dividenden zahlen können, als sie ohnehin schon zahlte, aber sie hatte eine starke Abneigung, die Dividenden noch mehr zu steigern, weil sie fürchtete, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ihre Reservergebnisse zu lenken.

Stetig ist seit 1908 die Dividende der Maschinenfabrik Grigner, A.-G., Durlach, gestiegen, sie betrug damals 13 Prozent, in den darauffolgenden Jahren 14, 16 und 17 Prozent, für 1912 erhöht sie wiederum eine Erhöhung auf 18 Prozent. Gleichzeitig werden sehr betrübliche Abschreibungen und außerordentliche Rückstellungen vorgenommen. Im verfloßenen Jahr war nach dem Geschäftsbericht wiederum eine Steigerung des Umsatzes zu verzeichnen, der weitaus größte Teil des Mehrbetrages entfällt auf die Nähmaschinenabteilung, während der Umsatz an Fahrrädern sich auf ziemlich gleicher Höhe gehalten hat. — Von 6 auf 8 Prozent erhöht die A.-G. Bräckenbau Glender in Dornath ihre Dividende, bei einem Aktienkapital von 1,6 Millionen Mark wurde nach Abschreibungen von 170 000 M ein Reingewinn von 255 177 M erzielt. Der Auftragsbestand betrug am 1. Januar dieses Jahres 5,3 Millionen Mark. — Die Aktiengesellschaft Atlaswerke in Bremen (Maschinen- und Armaturenfabrik), die unter Mitwirkung der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd im Jahre 1911 gegründet wurde, wird eine Dividende von 6 Prozent gegen 4 Prozent im Vorjahre verteilen, die Abschreibungen wurden um etwa 100 000 M auf rund 150 000 M erhöht. — Eine Steigerung von 2 auf 10 Prozent erhöht die Dividende der Maschinenfabrik Heineke, A.-G. in Rrefeld; die Aktiengesellschaft für Feinmechanik vormals Feiler & Scherer in Lüttlingen wird ihre Dividende für 1912 um 1 auf 10 Prozent erhöhen. — Während die Notkreditbank in Bad Sarsburg für das Jahr 1911 nur eine Dividende von 5 Prozent, und zwar nur für die Vorzugsaktien, verteilte, wird für 1912 sowohl für die Vorzugs- als Stammaktien eine Dividende von 12 Prozent zur Verteilung gelangen. — Bei den Rrefelder Stahlwerk in Fischeln beträgt die Dividende für 1912: 12 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahre.

An innerer Festigung fehlt es den Vereinigten Kommerzial- und Vetter Schneebögelischen Werken, A.-G. in Berlin-Biesfeld, auch nach der Fusion noch. Für 1912 wird die Dividende eine betrübliche Reduktion erfahren; es verlautete sogar, daß von einer Dividendenverteilung völlig abgesehen werden soll. Der Berliner Betrieb soll allein die Ursache des Mißerfolges bilden, während die Biesfelder und die ganz neu in Betrieb gekommene Dredenhoferer Abteilung recht günstig gearbeitet haben.

In Zahlungsverhältnissen ist die Delmenhorfer Wagenfabrik Carl Ebnjes, A.-G., geraten, ein Unternehmen, das schon bei der im Oktober 1909 erfolgten Gründung keine besonders günstigen Aussichten zu haben schien. Ursprünglich war die Gesellschaft mit einem Kapital von 600 000 M ausgestattet; 1911 erfolgte eine Kapitalvermehrung auf 1 Million Mark. — Dem Zusammenbruch verfiel die Brunnen- und Maschinenbauaktiengesellschaft Dessenis & Jacobi in Hamburg. Gegen die Verwaltung dieses Unternehmens werden schwere Vorwürfe erhoben. In der Generalversammlung lehnte der letzte Aufsichtsrat eine Wiederwahl ab, es wurde aber auch abge-

lehnt, aus den Reihen der Aktionäre neue Aufsichtsratsmitglieder zu wählen.

Nach dem Muster der großen Eisenwerke setzten auch die Werksbände des Grobeisenhandels ihre geschäftlichen Ziele ungenügend durch Anwendung terroristischer Maßnahmen durch. Die Chemnitz Grobeisenhandlung Lipmann hatte zum Betrieb des Grobeisenhandels in Verbindung mit der Eisenhandlung Witzel in Berlin eine Zweigabteilung gegründet. Dagegen erhob die Vereinigung Berliner Stabeisenhändler G. m. b. H. Protest, dem sie durch Einleitung einer Kampfniederlassung in Chemnitz Nachdruck gab. Sehr bald sah sich die Firma Lipmann zur Auflösung ihrer Berliner Niederlassung gezwungen, die näheren Umstände, unter denen das geschah, erzählt folgendes Rundschreiben, das der Inhaber der Firma Witzel kürzlich veranlaßt hat: Die von mir geleitete Firma Berliner Eisenhandlung Witzel Lipmann G. m. b. H., deren Geschäftsanteile ich in Höhe von 25 Prozent besaß, hat in ihrer vorgelegten Generalversammlung ihre Liquidation beschlossen. Mein Amt als Geschäftsführer habe ich sofort niedergelegt und bin gleichzeitig als Geschäftsführer ausgeschieden. Meine Geschäftsanteile sowie eine angemessene Entschädigung wurden mir sofort ausgezahlt. Den Liquidationsbeschluss vermute ich nicht zu hindern, weil nach den Statuten der Gesellschaft die Dreiviertelmehrheit genügt, um die Liquidation zu beschließen. Andererseits konnte Herr Witzel Lipmann (Chemnitz) als Hauptgesellschafter nicht anders handeln, als die Liquidation der Berliner Eisenhandlung Witzel Lipmann G. m. b. H. durchzuführen, weil ein hiesiger Grobhandwerker sich in die Dienste der hiesigen Vereinigten Stabeisenhändler stellte, auf ihn einen Überaus starken, unüberwindlichen Druck ausübte. Nunmehr betreibe ich meine frühere Eisengroßhandlung allein weiter. Ein terroristischer Unternehmer erhebt hier Anklagen, die ihm den eifrigsten Bekämpfer der Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Minister und der bürgerlichen Presse gegner hätten, wenn er — ein unorganischer Arbeiter wäre.

Arbeitslorenzählungen und ihre Ergebnisse in den Metallarbeiterorganisationen im Jahre 1912.

Die Ergebnisse der Arbeitslorenzählungen im Deutschen Metallarbeiter-Verband sind ja schon selber vierteljährlich in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht worden. Um aber Vergleichszahlen zu bekommen, ist erforderlich, daß die monatlichen und vierteljährlichen Ergebnisse der Arbeitslorenzählungen zusammengestellt werden, wobei der Vollständigkeit halber auch die Zählungsergebnisse anderer Organisationen der Metallarbeiter einbezogen werden müssen. In der Berichterstattung über Arbeitslosigkeit in den Arbeiterorganisationen Deutschlands im Jahre 1912 sind bekanntlich folgende Organisationen der deutschen Metallarbeiterschaft außer unserem Verband beteiligt: Zentralverband der Schmiede und Kupferschmiede, Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter und der sogenannte „Christliche“ Metallarbeiterverband. Die Berichterstattung erfolgt seit April 1911 monatlich. Die Erhebungen sind aber in den letzten Monaten eines jeden Kalenderjahres umfangreicher, ebenso natürlich auch die veröffentlichten Ergebnisse dieser Vierteljahrsberichterstattungen. Ferner werden vierteljährlich auch statistische Ergebnisse nach Landbestritten zusammengestellt veröffentlicht. Aus den Vierteljahrsberichterstattungen des Reichsarbeitsrates seien zunächst folgende Ergebnisse, zusammengestellt nach Organisationen, wiedergegeben. Es wurden gezählt:

	Arbeitslorenzählung	Arbeitslosigkeit		Sommerwert der Arbeitslosen im Vierteljahr	
		am Ort	auf der Straße	1912	1911
Deutscher Metallarbeiter-Verband					
1. Vierteljahr	84488	580281	60768	6,6	9,2
2. " "	29040	426906	11784	5,4	5,5
3. " "	28777	589592	10888	5,3	5,4
4. " "	82545	506144	62167	5,8	5,3
Zentralverband der Schmiede					
1. Vierteljahr	1286	15567	815	7,7	10,7
2. " "	1750	14847	1848	11,4	10,0
3. " "	1424	10218	1802	10,7	11,1
4. " "	—	—	—	—	7,9
Zentralverband der Kupferschmiede					
1. Vierteljahr	624	6588	1170	12,7	14,8
2. " "	719	6668	2475	14,3	12,8
3. " "	691	5198	2081	12,0	12,4
4. " "	579	6889	1910	11,0	10,0
Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter					
1. Vierteljahr	1440	17407	287	3,2	3,5
2. " "	688	18701	?	2,9	3,5
3. " "	1251	15884	?	4,6	7,1
4. " "	1186	10122	?	4,4	2,8
Christlicher Metallarbeiterverband					
1. Vierteljahr	1162	20784	647	2,6	2,6
2. " "	885	12468	2780	2,0	1,8
3. " "	1216	14158	2282	2,9	1,8
4. " "	2067	55145	692	4,9	1,8

Vergleicht man bei diesen Zusammenstellungen zunächst die Vierteljahrsergebnisse, so findet man fast bei allen Organisationen

ein Zurückgehen der Arbeitslosenfälle in den mittleren Vierteljahre, bei der Gruppe Arbeitslosigkeit eine gleichzeitige Verschiebung der Zahl der Arbeitslosigkeit am Ort und auf der Reise. Die Verhältniszahlen zeigen größtenteils eine fortschreitende Besserung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres. Eine Verschlechterung, wenn auch nicht groß, tritt im letzten Vierteljahr 1912 ein. Auffallend ist beim „Christlichen“ Metallarbeiterverband die totale Steigerung der Arbeitslosenfälle und noch mehr der Arbeitslosigkeit im vierten Quartal 1912. Dieses abnorme Verhältnis kommt auch in den Verhältniszahlen zum Ausdruck. Dabei zeigt ein Vergleich mit den weiter unten folgenden Zusammenstellungen, daß die Steigerung ausschließlich im Monat Dezember erfolgte. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 306 im November auf 1331 im Dezember 1912. Die Ursachen dieser Erscheinung können natürlich nicht in besonders abnormen Wirtschaftsverhältnissen gesucht werden, denn Vergleiche mit anderen Organisationen ergeben keine solche bedeutende Verschlechterung derselben. Im Gegenteil zeigt ein solcher Vergleich, daß gerade der „Christliche“ Verband die günstigsten Verhältniszahlen in den anderen Perioden aufweist. Ob man im Zentral-Metallarbeiterverband nicht etwa ein ausgeprägter christlicher Organisationscharakter der Metallarbeiter nur Arbeitslosenunterstützung bezahlt? Eine auffallende Erscheinung sind auch die hohen Verhältniszahlen der Berufsorganisationen der Schmiede und Kupferer.

Die Berichte aller Organisationen der Metallarbeiter ergeben folgendes Bild der vierteljährlichen Arbeitslosigkeit:

1. Quartal	Arbeitslosenfälle insgesamt	Arbeitslosigkeit		Vom Hundert der Mitglieder waren arbeitslos im Vierteljahr
		am Ort	auf der Reise	
1. Quartal	39085	59057	63818	6,0
2. "	38892	48140	124767	5,2
3. "	38089	43850	118591	5,1
4. "	36287	69676	64239	5,5

In den folgenden Tabellen sind die Zahlen über die unterstützten Personen, die Unterstützungsstage und Unterstützungssummen mit den entsprechenden Verhältniszahlen zusammengestellt. Im Gegensatz zu der vorausgegangenen Zusammenstellung sind aber hier nur die Zahlen über die Arbeitslosigkeit am Ort berücksichtigt, also die Ergebnisse der Reiseunterstützung weggelassen. Bei der Bearbeitung dieses Teils der Zusammenstellung hat sich ergeben, daß die Endresultate durch diese Ausmerzung gewinnen. Es beträgt die Zahl der

1. Quartal	unterstützten Personen	Unterstützungsstage	Unterstützungssummen	Verhältnisse	
				am Ort	auf der Reise
1. Quartal	24430	605077	20,6	560193	22,93
2. "	25493	401728	15,8	444835	17,45
3. "	19616	330820	16,8	379220	19,33
4. "	23608	482757	20,5	541681	22,95

1. Vierteljahr	unterstützten Personen	Unterstützungsstage	Unterstützungssummen	Verhältnisse	
				am Ort	auf der Reise
1. Vierteljahr	21718	480810	21,2	506446	23,33
2. "	23188	388284	15,9	393050	16,96
3. "	17588	300745	17,1	332570	18,94
4. "	21098	418065	19,8	447502	21,21

1. Vierteljahr	unterstützten Personen	Unterstützungsstage	Unterstützungssummen	Verhältnisse	
				am Ort	auf der Reise
1. Vierteljahr	644	9585	14,9	14777	22,94
2. "	839	8442	10,2	13500	16,28
3. "	459	6208	13,5	10117	22,04
4. "	—	—	—	—	—

1. Vierteljahr	unterstützten Personen	Unterstützungsstage	Unterstützungssummen	Verhältnisse	
				am Ort	auf der Reise
1. Vierteljahr	190	2712	14,3	4168	21,90
2. "	248	3651	15,0	5727	23,56
3. "	181	2206	12,2	3176	17,54
4. "	219	2794	12,8	3968	18,11

1. Vierteljahr	unterstützten Personen	Unterstützungsstage	Unterstützungssummen	Verhältnisse	
				am Ort	auf der Reise
1. Vierteljahr	1126	16285	17,6	19709	17,52
2. "	769	13229	18,0	24156	31,41
3. "	775	12481	16,1	22538	29,14
4. "	671	11796	17,6	22055	32,87

1. Vierteljahr	unterstützten Personen	Unterstützungsstage	Unterstützungssummen	Verhältnisse	
				am Ort	auf der Reise
1. Vierteljahr	756	13627	18,0	15098	19,92
2. "	458	7522	15,6	8402	17,39
3. "	688	8950	13,6	10774	16,38
4. "	1615	50102	31,0	68156	42,80

Bei ansehnlicher Durchsicht der einzelnen Seminare ergeben sich aus diesen Zusammenstellungen äußerst interessante Erscheinungen. Die Gesamtzahlen entsprechen den, was bereits zu der ersten Gegenüberstellung gesagt werden ist. Untersucht man aber die Durchsichtszahlen, so findet man, daß abgesehen von den abnormen Verhältnissen beim „Christlichen“ Metallarbeiterverband, die durchschnittliche Arbeitslosigkeit pro Person mit 21,2 Tagen am längsten vor dem Deutschen Metallarbeiter-Verband im ersten Quartal 1912. Das gleiche trifft auf das dritte und vierte Vierteljahr zu, auch das Gesamtresultat ist ähnlich. Dieses Bild ändert sich aber ganz erheblich bei den Durchsichtszahlen über die Unterstützungsbeiträge, sowohl pro Person im ganzen als pro Tag in einzelnen. Im ersten Quartal ist der durchschnittliche Beitrag pro Person noch am größten beim Deutschen Metallarbeiter-Verband mit 23,33 M. Das wird aber auch in den weiteren Semestern und vierten Quartal, in denen die meisten der größten wirtschaftlichen Anhebungen dem Gewerbe der Maschinenbau- und Metallarbeiter gemacht werden. Auch hier stehen die Zahlen des Zentral-Metallarbeiterverbandes am besten da, während die Zahlen des „Christlichen“ Metallarbeiterverbandes am schlechtesten sind. Man findet bei keinem Ergebnis noch viel mehr, daß es im vierten Quartal nicht mit anderen Dingen zugegangen sein kann. Es ist nur die Durchschnittszahl, die täglich pro Person gezahlt werden, es, so findet man, daß in den einzelnen Quartalen sowohl wie im Jahresdurchschnitt der Deutsche Metallarbeiter-Verband die niedrigsten Zahlen aufweist. Bedeutend höher sind die Durchschnittszahlen beim Schmiede- und beim Kupferer-Verband, während die Ergebnisse beim Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter ganz abnorme sind. Die nach den angegebenen Zahlen durchschnittlich herausgerechneten Unterstützungsbeiträge pro Arbeitslosenfall differieren zwischen 1 M. und 1,87 M. in den einzelnen Quartalen. Das ist ein erhebliches Zahlen mit anderen Dingen, liegt auf der Hand. Dies beweisen einmal

die Unterschiede zwischen dem ersten und den drei nachfolgenden Quartalen und dann schon die Tatsache, daß in dieser Organisation der höchste Unterstützungsbeitrag pro Tag nach dem Status nur 1,75 M. betragen kann. Die Ursachen dieser Erscheinung liegen in der äußerst mangelhaften Berichterstattung des Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Nach den vierteljährlichen statistischen Zusammenstellungen ergibt sich für die Berichterstattung dieser Organisation folgendes: Es betrug 1 e

1. Quartal	Mitgliederzahl	Zahl der Mitglieder, über die berichtet wurde	Differenz
1. Quartal	45196	45196	—
2. "	44940	30832	14108
3. "	44884	27860	17024
4. "	44788	27054	17684

Vergleicht man nunmehr diese Zahlen mit denen der vorausgegangenen Tabelle, dann findet man, daß im ersten Quartal die Berichterstattung normal war und dementsprechend auch das Ergebnis der statistischen Bearbeitung. Ein Geheimnis der Herren Generalräte des Gewerbevereins bleibt es dagegen immer noch, warum in den anderen Quartalen einer erheblich geringeren Zahl von unterstützten Personen höhere Unterstützungsbeiträge bezahlt wurden.

Stellt man die Einzelergebnisse der Organisationen für jedes Vierteljahr zusammen, so erhält man nachstehende vierteljährliche Gesamtergebnisse:

1. Quartal	Zahl der unterstützten Personen		Unterstützungsstage		Unterstützungssummen	
	unterstützten Personen	zusammen	am Durchschnitt pro Person	zusammen	am Durchschnitt pro Person	pro Tag
1. Quartal	24430	605077	20,6	560193	22,93	1,11
2. "	25493	401728	15,8	444835	17,45	1,10
3. "	19616	330820	16,8	379220	19,33	1,15
4. "	23608	482757	20,5	541681	22,95	1,12

Die Verarbeitung des erhaltenen Materials nach dem Stand der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Landesstellen hatte folgendes Ergebnis. Es waren arbeitslos vom Hundert der Mitglieder im Monat März 1912 im:

Landesgebiete	Deutscher Metallarbeiter-Verband	Schmiede-Verband	Kupferer-Verband	Gewerbeverein der Maschinenbauer
Ost-Preußen, Pommern	2,1	2,3	2,2	0,9
Berlin, Brandenburg	2,7	3,5	3,3	2,4
Posen, Schlesien	1,6	1,1	—	0,8
Prov. Sachsen, Anhalt	1,1	0,4	8,9	0,5
Schleswig-Holstein, Mecklenburg	1,8	0,8	1,3	1,1
Hannover, Oldenburg	1,1	0,6	1,0	0,8
Westfalen	0,5	0,9	—	0,4
Rheinland	0,6	0,4	—	0,8
Groß-Heßen und Heßen-Rhain	1,0	0,4	—	1,8
Bayern rechts des Rheins	1,3	1,5	1,5	1,4
König. Sachsen, Thür. Staaten	0,7	0,8	2,0	0,4
Württemberg, Baden	0,7	0,4	0,5	0,8
Elb-Lothringen, Rheinpfalz	1,0	—	—	0,5

Im Reichsdurchschnitt 1,3 1,4 1,9 0,9

Im Monat Juni waren vom Hundert der Mitglieder arbeitslos im:

Landesgebiete	Deutscher Metallarbeiter-Verband	Schmiede-Verband	Kupferer-Verband	Gewerbeverein
Ost-Preußen, Pommern	1,2	0,8	0,8	1,1
Berlin und Brandenburg	2,6	3,2	2,8	4,7
Posen und Schlesien	1,4	1,2	0,9	6,0
Prov. Sachsen und Anhalt	1,0	0,9	0,7	1,5
Schleswig-H., Meckl., Anhalt, Hambg.	1,7	1,9	1,2	1,0
Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen	1,8	1,1	1,0	0,5
Westfalen und Lippe	0,8	0,7	0,6	2,5
Rheinprovinz und Vorpommern	0,8	0,8	1,4	0,4
Heßen-Rhain, Groß-Heßen, Badener Bayern	0,9	0,8	0,2	0,9
Bayern links des Rheins	1,1	0,8	1,5	1,8
König. Sachsen u. Thüring. Staaten	0,9	0,8	1,1	0,9
Württemberg und Baden	0,8	0,4	1,0	0,6
Elb-Lothringen und Pfalz	1,1	0,8	0,1	—

Im Reichsdurchschnitt 1,3 1,3 1,5 1,3 2,5 2,7 0,9 1,0

Im Monat September waren vom Hundert der Mitglieder arbeitslos im:

Landesgebiete	Deutscher Metallarbeiter-Verband	Schmiede-Verband	Kupferer-Verband	Gewerbeverein
Ost-Preußen, Pommern	0,9	1,3	1,6	1,8
Berlin, Brandenburg	2,4	2,8	1,2	1,0
Posen, Schlesien	1,2	0,8	1,7	0,5
Prov. Sachsen, Anhalt	1,0	1,3	0,7	0,9
Schleswig-Holstein, Mecklenburg	1,9	1,6	2,6	1,5
Hannover, Oldenburg	1,0	1,2	—	2,1
Westfalen	0,8	1,0	—	0,2
Rheinland	0,7	0,9	—	0,2
Groß-Heßen und Heßen-Rhain	0,7	1,0	—	—
Bayern rechts des Rheins	1,3	1,0	1,4	1,0
König. Sachsen, Thür. Staaten	0,9	0,9	1,0	1,7
Württemberg, Baden	0,5	0,5	0,8	0,3
Elb-Lothringen, Rheinpfalz	1,0	0,7	—	0,5

Im Reichsdurchschnitt 1,3 1,2 1,2 1,3 0,6 1,1

Im Monat Dezember waren vom Hundert der Mitglieder arbeitslos im:

Landesgebiete	Deutscher Metallarbeiter-Verband	Schmiede-Verband	Kupferer-Verband	Gewerbeverein
Ost-Preußen, Pommern	2,0	2,5	1,1	1,0
Berlin, Brandenburg	4,5	2,4	3,2	2,5
Posen, Schlesien	3,3	1,8	4,6	2,7
Prov. Sachsen, Anhalt	1,7	1,7	5,8	2,7
Schleswig-Holstein, Mecklenburg	2,0	1,8	1,8	2,3
Hannover, Oldenburg	1,3	1,4	1,9	1,2
Westfalen	0,7	0,6	—	—
Rheinland	0,9	0,8	—	—
Groß-Heßen und Heßen-Rhain	1,0	1,0	—	—
Bayern rechts des Rheins	3,2	1,6	3,2	0,9
König. Sachsen, Thür. Staaten	1,5	0,9	2,2	2,6
Württemberg, Baden	0,7	0,6	0,5	1,1
Elb-Lothringen, Rheinpfalz	1,7	1,3	—	—

Im Reichsdurchschnitt 2,1 1,4 3,4 2,0 1,1 0,9

Bei diesen Zusammenstellungen ist anzudeuten, daß die Verhältniszahlen nur für die Landesstellen berechnet wurden, in denen die Verbände mehr als 200 Mitglieder haben. Der „Christliche“ Metallarbeiterverband ist an der Berichterstattung nicht beteiligt. Die Zahlen beziehen sich auf die Arbeitslosigkeit am Ort und auf der Reise. In dem Ergebnis selbst ist wenig zu sagen, da bei ansehnlichen Vergleichen die betragsmäßigsten Merkmale

augenfällig sind. So zeigt sich bei allen Organisationen die hohe Prozentzahl der Arbeitslosen in Berlin und Brandenburg. Ferner befähigt sich auch hier die bereits konstatierte merkliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes im Monat Dezember gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in ihrem Endergebnis bei allen Organisationen.

Zum Schluß seien noch die monatlichen Verhältniszahlen sämtlicher Organisationen einander gegenübergestellt. Vom Hundert der Mitglieder waren arbeitslos:

Monat	Deutscher Metallarbeiter-Verband		Schmiede-Verband		Kupferer-Verband		Gewerbeverein		Christlicher Metallarbeiter-Verband	
	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1912	1911
Januar	2,0	2,1	2,3	2,6	2,5	3,1	1,0	1,3	0,8	0,7
Februar	1,8	2,1	2,0	2,6	2,0	3,7	1,7	1,2	1,0	0,6
März	1,3	2,5	1,5	1,8	2,0	2,9	0,9	1,1	0,5	0,5
April	1,5	1,6	2,4	2,1	2,8	3,2	1,9	?	0,7	0,6
Mai	1,5	1,5	2,3	1,3	2,5	3,1	1,6	1,2	0,7	0,8
Juni	1,3	1,3	1,8	1,4	2,6	2,9	1,4	1,0	0,6	0,6
Juli	1,8	1,8	1,8	1,4	2,1	2,2	1,5	1,2	0,6	0,7
August	1,2	1,4	2,0	1,3	1,5	1,5	1,8	1,2	0,6	0,8
September	1,9	1,2	1,7	1,4	1,2	1,4	0,9	2,3	0,9	0,6
Oktober	1,4	1,8	—	2,1	2,0	2,1	1,4	0,7	0,8	0,4
November	1,5	1,8	—	2,2	1,9	3,0	1,8	1,2	0,7	0,6
Dezember	2,1	1,4	—	1,9	3,4	2,1	1,8	1,2	3,1	0,7

Das Verhältnis in allen Organisationen der Metallarbeiter ergibt sich aus der anschließenden Tabelle. Wir haben dabei gleichzeitig die Zahl der erfassten Mitglieder und der arbeitslosen Mitglieder, die am Schlusse eines jeden Monats festgestellt wurden, beigefügt.

Monat	Zahl der erfassten Mitglieder		Zahl der arbeitslosen Mitglieder		Vom Hundert der Mitglieder waren arbeitslos	
	1912	1911	1912	1911	1912	1911
Januar	624187	—	11675	11155	1,9	2,0
Februar	605280	—	10569	11185	1,7	2,0
März	634312	569694	7942	12880	1,3	2,3
April	615117	556918	9028	8698	1,5	1,6
Mai	615949	596156	9264	9892	1,5	1,6
Juni	627694	596100	8208	7662	1,3	1,3
Juli	619088	587462	8050	7418	1,3	1,3
August	619607	589422	7418	7966	1,2	1,4
September	630702	590479	7748	7248	1,2	1,2
Oktober	622985	603788	8897	7390	1,3	1,2
November	627288	596932	9148	7640	1,5	1,3
Dezember	636656	602754	18900	8998	2,2	1,4

Wie zu erwarten war, befähigt das Gesamtbild die bereits geschilderte Entwicklung des Wirtschaftslebens in der Metallindustrie auf Grund der Erhebungen über Arbeitslosigkeit in den Arbeiterorganisationen dieser Industrie. Die Verhältniszahlen lehnen sich in der Hauptsache an die unseres Verbandes an, wobei aber in einzelnen Monaten besonders abweichende Zahlen der kleineren Organisationen um keine Nuancen das Bild zu verstellen vermögen. Hervorzuheben ist auch hier die merkliche Verschiebung der Verhältniszahlen im letzten Vierteljahr 1912 im Sinne einer Verschlechterung der Wirtschaftslage, sowohl den vorausgegangenen Monaten der gleichen Jahresperiode gegenüber, wie noch merklicher den gleichen Monaten des vorhergehenden Jahres. Da nach den neuesten Januarezahlen über die Ergebnisse der Arbeitslosenabfragen eine weitere Verschlechterung der Verhältniszahlen nach dieser Richtung erfolgt ist, dürfte nicht zu viel gesagt sein, wenn man daraus folgert, daß zwar daraus keine Schlussfolgerungen auf eine etwa absteigende Tendenz der Wirtschaftslage gezogen werden kann, aber immerhin die Gesamtlage merklich unsicherer geworden ist. D. S.

Die Metallarbeiterausperrung in Wenden und die Sanktion der „Christlichen“.

Seit einem halben Jahr stehen die Wenden Metallarbeiter in Streik mit darauffolgender Ausperrung. Wie bekannt, ging der Kampf von der Firma Schmöle & Co. aus.

Die Verhältnisse der Arbeiter auf den Reichswerften.

Rede des Abgeordneten Alwin Brandes in der Sitzung des Deutschen Reichstags am 3. März 1913 bei dem Kapitel 60: Zustandhaltung der Flotte und der Werften, Titel 1.

Brandes: Meine Herren, es handelt sich bei diesem Kapitel um große Interessen von Arbeitern, Angeestellten und Beamten. Es ist mir durchaus verständlich, daß es den Herren vom Reichsmarineamt nicht gerade angenehm sein kann, wenn hier jedes Jahr an den Lohn- und Arbeitsverhältnissen dieser großen Schicht von Arbeitern und Angeestellten Kritik geübt wird. Doch muß ich sagen, daß ich im höchsten Grade überrascht über die Antwort war, die ich hier im vorigen Jahre bekam, als gleichfalls scharfe Kritik geübt werden mußte. Herr Geheimrat Garmas hat im vorigen Jahre Tatsachen dadurch zu beseitigen versucht, daß er sie einfach bestritt — ein Verfahren, das sehr einfach sein mag, das aber zur Beseitigung der vielen berechtigten Klagen und Beschwerden nicht beitragen wird. Nun hat die Flotte, mit der im vorigen Jahre der Marineetat behandelt wurde — es sind ja nur wenige Stunden darauf verwendet worden — mir nicht die Möglichkeit gegeben, sofort antworten zu können. Ich werde also aller Wahrscheinlichkeit nach einige von den Sachen, die ich bereits im vorigen Jahre hier behandelt habe, heute wieder mit in die Erörterung ziehen. Das eine möchte ich voraussagen: was ich vorgetragen habe, waren keine Raffinerie-Rückengeschichten, im Gegenteil, ich habe nicht peinlichst genau davon überzeugt, daß das, was ich sagte, auch richtig war; meine Gemächsmänner waren sich vollaus der Verantwortung bewußt, die sie trugen, wenn sie mir Material und Mitteilungen zumuten ließen, die ich von dieser Stelle der Öffentlichkeit übergeben wollte. Ich muß deshalb für dieses Jahr verlangen, daß tatsächlich bestehende Mißstände nicht wieder bestritten, sondern untersucht und beseitigt werden.

Die Budgetkommission hat sich in diesem Jahre bereits mit den Fragen der Arbeitsverhältnisse beschäftigt, etwas mehr, als es im vorigen Jahre der Fall gewesen ist. Wir haben insbesondere eine lange Verhandlung über die Bestimmungen der Arbeitsordnung gehabt, und ich halte mich verpflichtet, darauf einzugehen, da ja von Seiten der Rechten Widerspruch gegen den Beschluß erhoben worden ist, der in der Budgetkommission gefaßt wurde. Es heißt in § 10 der Arbeitsordnung:

„Die also die einzustellenden Arbeiter — dürfen nicht sozialdemokratische Agitatoren oder sonstige Personen sein, von denen vorausgesetzt werden darf, daß sie den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder den Arbeitern untereinander stören wollen.“ Das ist eine Bestimmung, mit der ich jeden hängen kann, den ich hängen will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In § 2 Absatz 1 heißt es: Während der ersten vier Wochen ist die Einstellung nur eine vorläufige, und wird diese Zeit benutzt, die persönlichen Verhältnisse des Arbeiters und seine Leistungsfähigkeit sorgfältig zu prüfen.“ Dann heißt es weiter: „In den ersten vier Wochen kann der Arbeiter ohne Angabe von Gründen und ohne Kündigung wieder entlassen werden.“

Nun gestehe ich von vornherein zu — darüber will ich gar keinen Zweifel lassen — daß ich den Verdiensten dieser Leute nicht einräume, zu prüfen, ob der Betreffende leistungsfähig ist, und daß sie, wenn er es nicht ist, die Konsequenzen zieht. Dagegen sind die übrigen Bestimmungen in § 10 und § 2 Absatz 1 eine politische Bevormundung, deren Recht ich den Staatsbehörden bestreiten muß. Diese Bestimmungen sind aber auch völlig unlogisch, aus Gründen, die meine Parteifreunde schon angeführt haben. Auf den Schiffen sind, soweit qualifizierte Arbeiter in Frage kommen, an den wichtigsten Punkten Sozialdemokraten und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter tätig. Wenn Sie diese beseitigen wollen, so können Sie die Schiffe auf die Hafensriedhöfe hinstellen. Wenn Sie die bezeichneten Arbeiter aber an diesen wichtigen Stellen lassen müssen, dann ist es doch blühender Unsinn, wenn in der Arbeitsordnung ausgesprochen wird, daß dieselben Arbeiter auf dem Lande als staatsgefährlich beseitigt werden sollen. Man kann mit solchen Mitteln eine Bewegung, die von 4 1/2 Millionen wehrfähigen Männern getragen wird, nicht beseitigen.

Nun führen die angelegenen Bestimmungen zu den verdächtigen Verleumdungen und Denunziationen. Die Arbeiter werden entlassen, ohne daß sie wissen, warum. Ich meine eine geheime Verfügung, in der es heißt, daß es immer mehr vorkommt, daß die unteren Vorgesetzten, Werkmeister, Werkführer etc. den Arbeitern gegenüber in ihren Versicherungen nicht vorichtig sind, und es wird versucht, dieselben erneut auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen; nicht gestattet ist es auf Grund der vorhin genannten Paragraphen, den Arbeitern, die innerhalb der ersten vier Wochen entlassen werden, die Gründe zu sagen, auch wenn ihre Arbeitsleistungen durchaus zufriedenstellende sind. Nur selten fügt es der Zufall, daß ein solcher entlassener Mann Kenntnis davon erhält, wer ihn denunziert hat.

Den Fällen, die ich mir im vorigen Jahre erlaubt habe vorzutragen, möchte ich heute einen neuen hinzufügen. Es ist im Juni 1912 ein Arbeiter bei der Torpedowerkstätte in Friedrichsort eingestellt, aber während der Probezeit plötzlich wieder entlassen worden. Auf seine Frage, aus welchem Grunde dies geschehen sei, wurde ihm von dem Werkstatte- und Bezugsbeamten gesagt, an seiner Arbeit sei nichts auszuweisen, den Entlassungsgrund könne er ihm aber nicht angeben. Auf sein weiteres Drängen ist ihm dann gesagt worden, er möchte nach der Arbeiterzeitschrift gehen. Dort ist ihm gleichfalls die Auskunft verweigert worden, und darauf hat er sich an den Direktor gewandt. Der stellvertretende Direktor hat ihm die Ursache seiner Entlassung gesagt, nämlich, daß die Torpedowerkstätte ein Gemeindevorsteher in Obhut geschrieben und um Auskunft gebeten habe, ob gegen den eingestellten Mann politisch etwas vorläge, insbesondere auch, ob er als politischer Agitator oder als eine Person bekannt sei, von der vorausgesetzt werden dürfe, daß sie den Frieden zwischen den Behörden und den Arbeitern oder den Arbeitern untereinander störe. Die Antwort dieses Gemeindevorstehers lautete:

„An die Torpedowerkstätte ausschließlich zurück mit dem ergebenen Vermerk, daß der betreffende Arbeiter vor und bei der letzten Reichstagswahl sich in hohem Grade als sozialdemokratischer Agitator betätigt hat.“

Diese Auskunft ist dem Mann vorgelesen worden. Dadurch bekam er die Möglichkeit, nachzuweisen, daß gar keine Rede davon sei, denn er sei zu jener Zeit und noch monatelang später auf der Bahn beschäftigt gewesen. Wenn er auch nur den Anschein einer solchen Agitation hätte laut werden lassen, wäre er natürlich sofort herausgeworfen. Also das konnte nicht richtig sein. Aber er gibt nun auch dem Direktor den Grund an für die falsche Auskunft, nachdem er diese gelesen hatte. Er sagte: der Gemeindevorsteher ist der Nachbar meines Vaters und meines Bruders, mit beiden steht der Gemeindevorsteher im persönlichen Streit, und um Rache zu nehmen an Vater und Bruder, ist diese Auskunft an die Torpedowerkstätte in Friedrichsort erfolgt, die ihn arbeitslos machte. (Applaus links.) Darauf hat der stellvertretende Direktor, der Kapitän Merker, dem Mann erklärt: gehen Sie zum Ortsvorsteher und lassen Sie sich bestätigen, daß es richtig ist, was Sie gesagt haben; vorläufig bleiben Sie entlassen.

Das ist doch eine geradezu beschämende Behandlung von Arbeitern (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und ich bin überzeugt, daß es unter den Beamten, die auf Grund der Arbeitsordnung so vorgehen müssen, ein gut Teil gibt, die das Unwürdige einer solchen Handlungsweise einsehen. Braucht die Verwaltung ein Mittel, dann mag sie den Mann selbst beauftragen, sich ein Urteil zu verschaffen. Ich habe schon in der Budgetkommission auf Plänen hingewiesen, die das so machen, und die, wenn ein Mann längere Zeit außer Arbeit gewesen ist, von ihm verlangen, daß er sich ausweisen soll, daß er nicht etwa in der Zwischenzeit im Jagdhaus gewesen ist. Er geht nach der Polizei, läßt sich ein Zeugnis aus-

stellen und bringt es. Das ist das Neueste, was die Marineverwaltung verlangen kann. Dann wird sich die Polizeibehörde, die die Auskunft gibt, schwer hüten, etwas hinauszuschreiben, was den Tatsachen nicht entspricht. Wir müssen verlangen, daß die Marineverwaltung in der gleichen Weise vorgeht, damit Handlungen unterbleiben, wie sie im vorstehenden Falle wieder nachgewiesen werden konnten.

Wie sich die Leute in den Staatsbetrieben zu verhalten haben, ersehen wir aus § 3 der Arbeitsordnung. Die Mitglieder der Budgetkommission haben alle ein Exemplar der Arbeitsordnung bekommen und überzeugen sich davon, daß das in der Tat geübt, daß die Marineverwaltung damit auskommen muß. Wenn die Kommission auch unseren Antrag nicht angenommen, sondern eine etwas mildere Form gewählt hat, so nehme ich doch an, daß sie das Beschämende des ganzen Verhaltens in dieser Arbeiterfrage eingesehen und deswegen wenigstens dem Zentrumsantrag zugestimmt hat.

Wir verlangen für die Arbeiter dasselbe Recht, was die höheren Marinebeamten für sich in Anspruch nehmen. Der Herr Kollege Kraemer von der konservativen Fraktion sagte in seiner amüsanten Rede am Sonnabend, daß politische Agitatoren ohne Unterschied der Partei nicht in Staatsbetriebe hineingehören, er fügte hinzu, daß sozialdemokratische Agitatoren auch nicht in der Reichsflotte gehören. Ich fühle ihm das nach. Er hat wohl aber sicher nichts bedacht, daß zum Beispiel der als Assessor aus dem großen Wertprozess bekannte jetzige Marineintendanturarzt Freyrich mit noch vier anderen höheren Marinebeamten einen Aufruf mit vollem Amtsstempel unterzeichnete, der zur Bildung eines Vereins der Rechten aufforderte. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Zu der ersten Versammlung dieses neuen Vereins hat man insbesondere gegen die Nationalliberalen scharf gemacht. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist der Ausspruch gefallen, Vertrauen zu den Worten eines Wassermann könne überhaupt niemand mehr haben. Ich zitiere nach der amtlichen „Wilhelmsbäher Zeitung“, die Ihnen bekannt sein wird, Herr Kollege Semler! Also, sehen Sie sich vor, daß Sie nicht auch noch unter ein solches Ausnahmegesetz kommen! — Gegen solche konservativen politischen Agitatoren hat die konservative Partei natürlich nichts einzuwenden, die können ruhig in Staatsbetrieben beschäftigt werden!

Wenn ich recht unterrichtet bin, hat das Reichsmarineamt eine Anfrage an die Oberverwaltungsstellen gerichtet, ob den zu entlassenden Arbeitern die Auskunft mitgeteilt werden kann, die von der Polizeibehörde eingeholt. Nach der Ansicht des Reichsmarineamts soll also auch künftig immer noch eine solche Auskunft eingeholt werden, während wir glauben, daß nach den Debatten in der Budgetkommission eigentlich auch das Reichsmarineamt der Ansicht sein müßte, eine solche Auskunft sei zu unterlassen. Nach der Antwort, die die Oberverwaltungsstellen gegeben haben, ist sogar anzunehmen, daß nicht in jedem Falle die Auskunft mitgeteilt wird. Einer dieser Herren sagt nämlich in seiner Antwort, daß er Bedenken habe, wenn die Auskunft: „sozialdemokratische Agitatoren“ lautet; dann möchte er sie nicht vorlegen. Es wird also das alte Spiel weitergehen: die Leute werden denunziert und verleumdet, werden brotlos gemacht, ohne sich wehren zu können. Ich hoffe, daß der Reichstag einmütig — mit Ausnahme der Konservativen — eine solche Schnüffellei verurteilt wird.

Dann werden auch Maßregelungen unterbleiben, von denen ich im vorigen Jahre einen Fall hier vorgetragen habe, den Fall des früheren Arbeiters aus dem Kreis der Arbeiter, der an einem Elternabend Ausführungen darüber machte, wie seiner Meinung nach die Schule handeln müsse, und der deswegen vom Oberverwaltungsstellen zur Verantwortung gezogen und entlassen wurde. Ich habe voriges Jahr auch daran Kritik geübt, daß ihm sein Zeugnis die Bemerkung geschrieben worden ist: „Dagegen war seine Führung im öffentlichen Leben in letzter Zeit nicht tadellos.“ Sonst erhielt er ein einwandfreies Zeugnis, aber diese Bemerkung machte ihm das Finden einer anderen Arbeitsstelle schwer. Herr Geheimrat Garmas hat mir im vorigen Jahre entgegengehalten: was wollen Sie denn, wir sind ja durchaus in unserm Recht, das Schöffengericht hat uns ja bestätigt, daß wir korrekt gehandelt haben. Inzwischen hat sich aber das Landgericht mit dieser Frage beschäftigt, hat sich auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt und die Marineverwaltung verurteilt, ein neues Zeugnis auszustellen, worin sich diese den Arbeiter schuldigende Bemerkung nicht befindet. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Marineverwaltung sollte sich diese Blamage ersparen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber der Oberverwaltungsstellen (Edermann hat schon wieder für eine neue Blamage gesorgt. Ich meine jenen Tagesbefehl vom 4. Februar dieses Jahres, der die Arbeiterjugend betrifft, worin es heißt: es sei festgestellt worden, daß Lehrlinge ohne Genehmigung des Ressortdirektors dem Arbeiterjugendbündnis angehören und somit gegen § 3 Ziffer 4 des Lehrvertrages verstoßen hätten; die betreffenden Lehrlinge seien mit einem Verweis bestraft worden und hätten gleichzeitig ihren Austritt aus dem Verein nachzuweisen; die Genehmigung zum Beitritt in den Arbeiterjugendbund werde nicht erteilt werden; da die Mitgliedschaft mit dem Abonnement auf die Zeitung Arbeiterjugend gleichbedeutend sei, so werde auch diese Art der Mitgliedschaft verboten; Verstöße hiergegen würden in Zukunft in jedem Falle mit Entlassung bestraft werden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nun für die Lehrlinge etwas schwieriger, den Verweis zu erbringen, daß sie aus einem Verein ausgeschlossen sind, der nur in der Phantasie der Verwaltung in Wilhelmshaven existiert. So bezeichnend dieses Vorgehen wieder ist, so bin ich allerdings überzeugt, daß diejenigen, die als Ratgeber für diesen Tagesbefehl in Frage kommen, sicher keine Freude davon haben werden. Es ist ja eine alte pädagogische Wahrheit, daß man der Jugend nur etwas zu verbieten braucht, dann macht sie es erst recht; besonders wenn es sich um Lektüre handelt, die ihr verboten wird, fügt sie um so eifriger dabei. Wir können ja deshalb das Vorgehen der Verwaltung nur begrüßen. Es wird gemäß Eltern, Verwandte und Bekannte geben, die dem Lehrling die Arbeiterjugend zustellen werden. Was will die Verwaltung dagegen machen? Ich kann nur sagen: es ist doch wahrhaftig nicht die Pflicht der Verwaltung, jeden Anstich zu machen, der ihr von reaktionärer Seite eingegeben wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Budgetkommission hat einen Antrag meiner Parteifreunde angenommen, der sich gegen einen anderen Tagesbefehl richtet. Es handelt sich um eine Verfügung des Reichsmarineamts, die den Beamten bei Strafe verbietet, Kollektivengaben zu machen. Wir haben uns in der Budgetkommission nahezu einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß die Beamten, Angeestellten und Arbeiter dieses Recht haben müssen, und wir erwarten, daß diese Verfügung zurückgezogen wird. Unser Antrag trifft doch wohl das Selbst, was ein neuer Antrag der Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei erstrebt. Wir werden aber auch diesem Antrag unsere Zustimmung geben.

Schließlich ist noch ein Antrag angenommen, daß künftig sowohl den Reichstagsmitgliedern als auch den Arbeiterschutzmittgliedern Material über Löhne, Dienstzeit, Ueberarbeit, Krankheitsfälle etc. zur Verfügung gestellt werden soll. Der Arbeiterschutzmittel wird auf Grund eines solchen Materials, wenn er es alljährlich bekommt, eine viel schärfere Prüfung seiner Aufträge vornehmen können. Das ist durchaus lobenswürdig. Das genügt aber noch nicht. Ich möchte der Marineverwaltung dringend raten, daß sie die Kompetenzen des Arbeiterschutzes erweitern. Ich unterstütze in dieser Beziehung die Vorschläge, die die Arbeiterschutzmittglieder in ihren Eingaben gemacht, die auch in der Fiktion des Deutschen Metallarbeiterverbandes enthalten sind. Vor allen Dingen müssen die Arbeiterschutzmittglieder sich untereinander verständigen können; sie müssen auch das Recht haben, sich mit dem Betriebsführer zu verständigen und auch Dritte, die an der Bewerbe beteiligt sind, zu Rate zu ziehen. Es ist auch das während der Arbeitszeit geschieht, sondern daß sie nur dem Betriebsführer der betreffenden Abteilung Meldung zu machen

Sofort wurde nun auch der Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der auch zugleich Mitglied des Arbeiterschutzes bei der Firma Tesche ist, verständigt, mit den übrigen Arbeiterschutzmittgliedern bei der Firma Tesche vorstellig zu werden, um die Zurückziehung der Streikarbeit zu verlangen. Der betreffende Vertrauensmann befolgte die Anweisung und verständigte die übrigen Mitglieder des Arbeiterschutzes, darunter auch den Vertrauensmann des christlichen Metallarbeiter-Verbandes, Lesaffre.

Das christliche Mitglied des Arbeiterschutzes lehnte es aber ab, mit vorstellig zu werden.

Als von der Geschäftsleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes dieserhalb bei der christlichen Zeitung angefragt wurde, erklärte deren Geschäftsführer Mes, ihr Mitglied sei deshalb nicht vorstellig geworden, weil kein offizieller Beschluß der Betriebsversammlung vorliege. Daraufhin wurde sofort vom Deutschen Metallarbeiter-Verband eine Betriebsbesprechung anberaumt, um einen derartigen Beschluß herbeizuführen. Wer aber zu dieser Versammlung nicht erschienen, sondern ruhig nach Hause gegangen, war das christliche Mitglied des Arbeiterschutzes.

Bei der Eröffnung der Versammlung wies der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Josef Ernst, darauf hin, daß im Interesse der ausgepörrten Mendener Metallarbeiter die Streikarbeit unter allen Umständen vermieden werden müßte, nur mache das Verhalten des christlichen Vertrauensmannes die Sache schwierig; derselbe habe erklärt, er würde nicht vorstellig, seine Verhandlung habe ihm gejagt, er solle die Verhandlung nur allein vorstellig werden lassen. Der Vertreter der christlichen, Herr Mes, erklärte, daß diese Behauptung ihres Vertrauensmannes nicht richtig sei, selbstverständlich müsse ihr Mitglied mit vorstellig werden. Nun wurde durch Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes festgestellt, daß Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes des christlichen Vertrauensmann und Arbeiterschutzes Mitglied Lesaffre bereits vor Weihnachten mitgeteilt haben, daß anscheinend Streikarbeit im Betrieb sei, er möge sich einmal darum kümmern. Lesaffre habe ihnen aber seit der Zeit nichts mehr von der Sache gesagt. Als Kollege Josef Ernst darauf hinwies, Lesaffre hätte dieses sofort seiner Organisation melden müssen, erklärte der Vertreter des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes, das sei auch geschehen, es habe sich nur nicht einwandsfrei feststellen lassen, ob die Artikel Streikarbeit seien.

Also innerhalb drei Monaten hat der christliche Metallarbeiter-Verband angeblich nicht festgestellt können, ob die Arbeit, die bei der Firma Tesche in Hagen für die Firma Schmölke & Co. angefertigt wird, Streikarbeit ist, obwohl die Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Christlichen darauf aufmerksam machen und zu Nachfragen aufforderten.

Die Versammlung beschloß trotz dem Verhalten der Christlichen einstimmig, am andern Tag den Arbeiterschuttsvorstellig werden zu lassen, um von der Firma die Zurückziehung der Streikarbeit zu verlangen. Sollte das christliche Mitglied des Arbeiterschutzes sich abermals weigern, mit vorstellig zu werden, sollte ohne dasselbe vorgegangen werden.

Am andern Tag wurde der Ausschuß vorstellig. Der Christliche war zu guter Letzt mitgegangen. Die Firma Tesche erklärte dem Ausschuß, die Arbeit, die jetzt angefertigt würde, sei keine Streikarbeit. Die kleineren Artikel, die als Streikarbeit in Frage kämen, seien nicht mehr im Betrieb, da daran nichts zu verdienen sei.

Nach dieser Erklärung wurde abermals eine Fabrikversammlung abgehalten, um zu der Antwort der Firma Stellung zu nehmen. Der Vertreter der Christlichen, Herr Mes, teilte in dieser Versammlung mit, welche Artikel als direkte Streikarbeit in Frage kämen. Da die anwesenden Gemeindevorsteher nur die Kommissionsnummern der Artikel kannten, konnte auch in dieser zweiten Versammlung über einen Artikel, der nur als Streikarbeit in Frage kommen konnte, keine Klarheit geschaffen werden. Der Vertreter des christlichen Verbandes versprach, sich zu informieren und dann den beteiligten Organisationen Mitteilung zugehen zu lassen. Da das Verhalten der Christlichen aber während dieser ganzen Affäre recht eigenartig war, wandte sich der Deutsche Metallarbeiter-Verband noch am gleichen Tage schriftlich an den christlichen Metallarbeiter-Verband:

An den Christlichen Metallarbeiter-Verband, Herrn Wilhelm Mes, Hagen i. W.

In zwei Betriebsversammlungen der Firma Tesche haben wir uns mit der Streikarbeit für die Firma Schmölke & Co. befaßt. Wie Sie selber wissen, ließ sich auch in der letzten Betriebsversammlung nicht feststellen, ob die in Frage kommende Arbeit als Streikarbeit zu betrachten ist. Sie erklärten Unterzeichnetem, Information über die Arbeit einzuholen.

Ich möchte nun im Interesse einer schnellen Abwicklung erfragen, in Menden die betreffenden Schmiede zusammenzurufen und im Beisein eines Vertreters unserer Organisation die Sache zu klären.

Da wir in Menden in der Streikleitung nicht vertreten sind, werden Sie unseren Wunsch verständlich finden. Wir möchten uns an Ort und Stelle selbst informieren, ob unsere Mitglieder Streikarbeit machen und ob die Arbeit bei Tesche deshalb niedergelegt werden muß. Achtungsvoll Josef Ernst.

Nach drei Tagen ging dem Deutschen Metallarbeiter-Verband folgende Antwort zu:

An den Deutschen Metallarbeiter-Verband, zu Händen des Herrn Ernst, Hagen i. W.

Nach Anfrage bei unserer Verwaltungstelle Menden dürfte es sich bei den Kommissionsnummern, welche zurzeit bei der Firma Tesche für die bestrittene Firma Schmölke & Co. in Arbeit sind, nicht um Streikarbeit handeln. Es ist daher auch zwecklos, eine besondere Sitzung in Menden abzuhalten. Achtungsvoll W. Mes.

Also die bei der Firma Tesche in Hagen angefertigte Arbeit ist nach Angabe der Christlichen keine Streikarbeit. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband muß das glauben, da ihm die Gelegenheit fehlt, die Angaben der Christlichen nach zu prüfen.

Das Verhalten der Christlichen bei dieser Angelegenheit ist aber mehr als seltsam. Vor drei Monaten wurden sie schon vom Deutschen Metallarbeiter-Verband auf eventuelle Streikarbeit hingewiesen. Obgleich bestimmte Artikel genannt wurden, konnten die Christlichen angeblich drei Monate lang nicht feststellen, ob die Arbeit Streikarbeit war. Heute steht fest, daß in der damaligen Zeit wirklich Streikarbeit im Betrieb war und daß die Christlichen auch nicht das geringste dagegen unternahmen. Eventuell zu sagen, der Deutsche Metallarbeiter-Verband würde sich nicht foliarisch erklären, geht schlecht an, denn die Christlichen werden trotz aller Schwänbel nicht bestreiten können, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband sofort alles tat, um Streikarbeit zu verhindern, nachdem die „Christlichen“ ihm Mitteilung machten.

Daß bei einem derartigen Vorgehen der „Christlichen“ die Sache in Menden auf dem alten Fied steht, ist verständlich. Denn wenn es der bestrittenen Firma gelingt, ihre Arbeit in anderen Betrieben herstellen zu lassen, kann sie mit Ruhe dem Ende entgegensehen. Die Mendener Metallarbeiter sind zu bedauern, die derartigen „Führern“ in die Hände fallen.

Dieser erste große Kampf des christlichen Metallarbeiterverbandes zeigt ihm im wahren Lichte. Es gehört zu einem solchen Kampfe eben mehr, als das Maul aufzureißen und zu schimpfen.

brauchen. Daß diese Tätigkeit während der Arbeitszeit erfolgen kann, halte ich für selbstverständlich. Wenn der Herr Chef der Eisenbahnverwaltung, wenn ich ihn recht verstanden habe, neulich erklärt hat, daß diese Mühseligkeit ihm schon erfüllt seien, dann wird wohl die Reichsmarineverwaltung sicherlich doch nicht reaktionärer sein wollen als dieser verehrliche Bureaucrat. Der Arbeiterausschuß muß auch verlangen und kann mit Recht verlangen, daß die unteren Beamten ihm gegenüber nicht den Unteroffizierston herausstellen, daß die oberen Beamten in solchen Fällen, wo die Arbeiterausschüsse Beschlüsse fassen, ihnen dann auch die notwendige Unterstützung zuteil werden lassen, und daß vor allen Dingen wegen der Tätigkeit der Ausschussmitglieder Schikanen unterbleiben, wie wir sie im vergangenen Jahre schon geküßelt haben. Auf einen Fall habe ich heute wieder hingewiesen. Herr Behrnte war nicht erloschen wegen seiner Rede, die er damals gehalten hatte — die war nur als Vorwand genommen worden —, sondern er war erloschen, weil er sich nicht genügend gemacht hatte in seiner Eigenschaft als Arbeiterausschussmitglied.

Nun ist mir aus jüngerer Zeit ein Fall mitgeteilt worden, daß in Friedrichsort ein Mitglied eines Arbeiterausschusses in einem andern Wahlbezirk verhaftet ist, weil es allzu temperamentvoll die Wünsche und Vorschläge seiner Mandatgeber bei der Verteilung vertreten hat. Bei der Behandlung dieses Falles hat sich dann auch herausgestellt, daß über dieses Arbeiterausschussmitglied geheime Gutachten entzogen sind, und man darf sich wohl die Frage stellen, ob in dem Augenblick, wo jemand zum Arbeiterausschussmitglied gewählt wird, etwa in jedem Fall so vorgegangen wird, wie es hier geschehen ist. Das würde wieder sehr bezeichnend sein für das Vorgehen der Reichsverwaltung.

Ich habe bei der Gelegenheit auch eine Mitteilung von vorletztem Jahre zu geben. Damals ist bei meiner Kritik der Entlassung eines andern Arbeiterausschussmitgliedes, des *Werkstatters Federmann*, von Herrn Geheimrat Harms darauf hingewiesen worden, daß der Mann bis zum Jahre 1910 fünf sehr brav gehalten hätte; aber von 1910 an bis zu seiner Entlassung seien in den bezüglichen Akten zwei Jahre 6 bis 7 Strafen in das Strafverzeichniß eingetragen. Ich habe mich auch über diesen Fall noch einmal erkundigt und habe eine Mitteilung bekommen, die allerdings ganz anders aussieht, als das, was der Herr Geheimrat Harms vorgetragen hat. Es heißt in dieser Auskunft:

„Es ist nicht richtig, daß die Verhältnisse in einem bestimmten Zirkus abgelöst worden.“ Das hatte Herr Geheimrat Harms auch behauptet. Wäre dies der Fall, so wären nachweislich noch viele Leute bei der Feuerwehr, die nur aus dem einzigen Grund gekündigt haben, weil sie nie Ausfahrt hatten, jemals abgelöst worden. Wohl sind etliche Fälle vorgekommen, wo Leute wegen eines Vergehens als Wächter zum Feuerwehrcorps strafversetzt wurden, ein Beweis, daß der Wächter eine besondere Vertrauensstellung innehat.“ Dann heißt es weiter: „Es ist nicht richtig, daß von 1910 bis zum Entlassungstag des Federmann sechs bis sieben Strafen in Frage kommen, sondern nur zwei, zu denen der Gesamtarbeiterausschuß mehrfach Stellung genommen und sogar Protest dagegen eingelegt hat; denn diese Bestrafungen liegen vor der Kommandierung zum Werkstattführer und sind nur auf die Tätigkeit als Arbeiterausschussmitglied zurückzuführen.“ Meine Herren, das sieht denn doch ganz anders aus als die Auskunft des Herrn Geheimrat Harms im vorigen Jahre. Wenn das zutreffend ist — und ich zweifle nicht daran —, dann kann man einigermaßen verwundert über jene Auskunft sein.

Damit verlasse ich die Tätigkeit der Arbeiterausschussmitglieder und komme zur *Polizei*, diesem großen Kapital bei diesen vielen tausenden Arbeitern. Meine vorjährige Kritik hat leider nicht die Wirkung gehabt, die ich ihr gewünscht hätte. Es ist zwar ein neuer Lohnvertrag gekommen, und wenn er auch besonders schlecht bezahlte Gruppen, auf die ich im vorigen Jahre hingewiesen habe, berücksichtigt, so ist doch im Grunde die Wirkung im ganzen genommen so minimal, daß die Leute damit nicht zufrieden sein können, besonders wenn dabei festgehalten werden muß, daß, nachdem dieser neue Lohnvertrag eingeführt war und für keine Gruppen nur Verbesserungen brachte, von einer Verlassung, wie sie sonst am 1. April vor sich geht, Abstand genommen ist. Nicht bei allen, aber doch bei sehr vielen. Das ist um so bedauerlicher, wenn wir bedenken, daß selbst die Reichsregierung sich dazu bekennt hat, die Leistung anzuerkennen, und daß diese Leistung gerade 1912 besonders stark einwirkte. Wenn man weiter berücksichtigt, daß die Preissteigerungen in Danzig in der letzten Zeit durchschnittlich etwa 10 Prozent betragen haben, und daß in Wilhelmshaven nach dem Verlegen des Geschwaders die Preise vornehmlich um 6, 8, 10, 12 Prozent gestiegen sind, so ist es doppelt bemerklich, daß die Lohnsteigerungen, auf die die Leute mit Recht gewartet haben, so minimal waren.

Es kommt weiter hinzu die immer größere Ausnutzung der Arbeitskraft auf den Werften. Sie zeigt sich in der Reduzierung der Marktpreise, die die Leute zu noch größerem Kräfteverbrauche zwingt, und in einem raffinierten Beanspruchungssystem, wie es wohl kaum ein Privatbetrieb zu verzeichnen hat. Daraus erklärt sich wohl auch das Steigen der Krankenziffern in den Marinebetrieben. Während zum Beispiel in der allgemeinen Ortskrankenkasse Kiel die Zahlen sowohl der Krankheitsfälle wie auch der Krankheitsstage sinken, steigen sie in den Betriebskrankenkassen der Marine wie auch in der Torpedowerkstatt Friedrichsort. In der Kieler Ortskrankenkasse sank von 1908 bis 1911 die Zahl der Krankheitsfälle von 11,77 auf 10,11 und die Zahl der Krankheitsstage von 69 auf 64 pro 100 Mitglieder. Dagegen stiegen in der Marinebetriebskrankenkasse die Krankheitsfälle von 9,45 auf 9,81 und die Krankheitsstage von 47 auf 49; in der Torpedowerkstatt stiegen die Krankheitsfälle von 7,50 auf 7,93 und die Krankheitsstage von 34,9 auf 46,5 pro 100 Mitglieder. Und dabei kann man hier noch viel eher das Kommen in die Waagschale werfen, von dem durch den Herr Regierungsvertreter gesagt wurde, daß auf der Werft Leute in die Kasse kommen, die eine Betriebskrankenkasse nicht einstellen würde. In der allgemeinen Ortskrankenkasse Kiel sind jeder genommen worden, der aus einem Unternehmen eingewechselt wird, während die Marinebetriebskrankenkasse und die Krankenkasse der Torpedowerkstatt auch hierbei verfahren ist.

Nun hat der Herr Geheimrat Harms im vorigen Jahre gesagt, die *Löhne* der Marineverwaltung würden immer etwas über den Löhnen, die in der Privatindustrie bezahlt würden. Ich muß feststellen, daß das ein bedauerlicher Irrtum ist. Sowohl bezüglich der Handwerker und Hilfsarbeiter wie der Soldaten und Marinebetriebsarbeiter, sowohl bezüglich der Einzelkämpfer wie der Kommandoarbeiter wird sich feststellen lassen, daß diese Angabe nicht zutrifft. Ich habe die Aufstellungen des neuen Lohnvertrages hier und vergleiche sie mit den Löhnen der Hilfsarbeiter, die in der Privatindustrie, zum Beispiel in Kiel, bezahlt werden. Da erhalten die Soldaten:

Arbeiter	in der Marine	in der Privatindustrie
Dreher	40 bis 53	41 bis 54
Klempner	40 = 53 =	41 = 54 =
Werkstatthelfer	40 = 53 =	41 = 54 =
Schiffbauer	40 = 53 =	45 = 58 =

Und so habe ich hier — wenn sich die Herren Regierungsvertreter dabei überzeugen wollen — die Angaben für wegzulassen alle Berufe und Gewerbe, wo dieselbe Vergleichung mit. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Stundenlöhne in der Privatindustrie mit 9/10 multipliziert werden müssen, damit sich der Tageslohn ergibt, bei der Marineverwaltung dagegen nur mit 9, so daß also der Tageslohn auf dem Werften im Verhältnis noch niedriger ist.

Noch einige andere Beispiele. In der *Polizei*, die die Arbeiterausschüsse einmündig haben, zum Beispiel des *Werkstatters*, ist bekannt, daß man für die gelehrten Arbeiter einen Jahreslohn von 45 M , steigend bis zu 60 M , einzahlen soll. Es wird darauf hingewiesen, daß zum Beispiel der Lohn der Schlosser in Wilhelmshaven einen Jahreslohn von 47 M für ein Jahr ausbezahlt ist, während der Schlosser in Friedrichsort 55 M . Anders herum, so zum Beispiel Klempner, Tischler, Maler, Zimmermann, haben noch höhere Stundenlöhne.

Dasselbe kann ich hier auch für bestimmte Großbetriebe sagen. So hat zum Beispiel der Arbeitgeberverband Einstellungslöhne im ersten Jahr nach der Lehre 45, bis 22 Jahren 53 und über 22 Jahre 60 M . Ebenso ist es bei den anderen, die ich aber umgehen will, um Ihre Zeit nicht allzulange in Anspruch zu nehmen. Was ich für die gelehrten Arbeiter feststellen kann, das gilt auch für die Hilfsarbeiter. Da ist i. *Wilhelmshaven* beantragt worden, daß hier mindestens ein Lohn von 45 M , steigend in einer gewissen Zeit bis zu 53 M , gezahlt werden soll. In den Betrieben der Eisen- und Metallbranche erhalten die Hilfsarbeiter einen Lohn von 50 M . Die Firma Schreiber & Göttschardt zahlt einen Lohn von 50 M , Ludwig Lange zahlt 52 M , so daß auch hier nicht übertriebene Forderungen der Arbeiter oder des Arbeiterausschusses vorliegen, Forderungen, die durchaus berechtigt sind, und die von der Marineverwaltung berücksichtigt werden müssen, wenn es richtig ist, daß sie immer etwas höher stehen will als die Privatbetriebe.

Dasselbe, meine Herren, was für die Arbeiter in Frage kommt, die in den Werkstätten beschäftigt sind, gilt vielleicht in noch höherem Grade für die Seeleute, für die Matrosen, für die Seizer. Ich habe im vorigen Jahre die Gruppe der Hilfsarbeiter, der Handwerker herausgehoben, von denen hier nochher gesagt wurde: da ist eine Erhöhung des Lohnes um so weniger angebracht, als deren Löhne noch mehr gestiegen sind als die der Berufsarbeiter. Als Herr Geheimrat Harms das hier sagte, war auch die Anfrage unterwegs, durch welche Auskunft über die Steigerung der Löhne für Hilfsarbeiter verlangt wurde, und als diese Antwort einlief, befragte sie, daß im Jahre 1908 der Durchschnittsverdienst 4,40 M betrug, 1909: 4,51 M , 1910: 4,67 M , daß er 1911 aber zurückgegangen ist auf 4,55 M . Nun bringt diese Zahl allerdings für einen Hilfsarbeiter hoch. Aber wenn man berücksichtigt, daß darin enthalten ist die kolossale Masse von Ueberstunden, von Sonntagsarbeit, daß weiterhin die Zustandsunterschiede hierbei mitberechnet sind, daß Zulagen für Probefahrten, zum Teil für langandauernde Probefahrten, gleichfalls in dieser Summe enthalten sind, welche diese Leute bekommen haben, dann wundere ich mich nicht darüber, daß solcher Verdienst herauskommt. Rechnen wir uns aber nach, wieviel Arbeitstage zu neun Stunden im Jahre das ergibt, dann kommt eine Zahl von Arbeitstagen heraus, die nicht nur den Erholungsurlaub wieder befreit, sondern weit darüber hinausgeht. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, die ungleiche Beziehung auf den tatsächlichen Wert hat noch einen anderen Grund. In der Privatindustrie erreicht der Arbeiter schon nach ganz kurzer Zeit — sagen wir nach einem Jahre oder in zwei Jahren — den Höchstlohn, während in den Betrieben der Reichsverwaltung Leute vorhanden sind, die 20 Jahre im Betriebe sind — es mögen nicht allzu viele sein, aber sie sind doch da —, die noch nicht den Höchstlohn erreicht haben. Im Durchschnitt wird der Höchstlohn in 10 bis 12 Jahren erreicht, während er in der Privatindustrie in erheblich kürzerer Zeit erlangt wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nun habe ich schon in der Budgetkommission den Wunsch ausgesprochen, man möge bezüglich der Verfassung in anderer Weise vorgehen und vor allen Dingen dafür sorgen, daß diese *Verfassung* alle Jahre stattfinden. Es steht mir Material zur Verfügung, daß in Danzig — wenn wir von dem absehen, was dort im vorigen Jahre für kleine Gruppen geschehen ist — Leute vorhanden sind, die 3, 5, selbst 7 Jahre nicht verlastet worden sind, daß in Kiel im April und Oktober 1911 je 10 Prozent, im Jahre 1912 im April gar nichts und im Oktober 5 Prozent der Arbeiterhaft verlastet worden sind. Nur bei einer Gruppe, ich glaube, in der Schlosserei im Refektor 3, sind 15 Prozent verlastet worden. Wenn Sie diese Prozentzahlen hören, können Sie sich ausrechnen, wie lange es dauert, ehe die Gesamtheit der Leute verlastet worden ist.

In Danzig ist in der Refektorie im Maschinenbauwerkstatt seit Jahren nicht verlastet worden, ebenso in anderen Abteilungen dieses Refektoris; im Schiffbau soll das gleiche der Fall sein. Wenn man berücksichtigt, wie gering die im vorigen Jahre gegebenen Zulagen waren, was es nun so sehr bedauerlich, daß die Marineverwaltung so vorgeht. Will sie sich etwa nach einzelnen Betrieben, wie sie Danzig leider noch aufzuweisen hat, mit geradezu jämmerlichen Verdiensten richten, wie die Werft *Alwin*, die nur 25, 30 M für Hilfsarbeiter und 30 bis 35 M an Berufsarbeiter zahlt (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und sich dann darüber beschwert, daß Leute auf die Kaiserliche Werft gehen und dort eingekauft werden? Nein, es liegt wahrscheinlich keine Ursache vor, sich nach solchen Betrieben zu richten; die Marineverwaltung soll ungelehrt jenen ein Beispiel geben und sie dazu erziehen, daß sie gleichfalls anständige Löhne zahlen.

Ich möchte dringend eruchen, eine Regelung der Einstellungs- und Höchstlöhne möglichst schnell vorzunehmen, vor allen Dingen aber ein schnelleres Aufsteigen dadurch zu ermöglichen, daß weniger Klassen eingerichtet werden, und daß das Bedienen mindestens jedes Jahr stattfinden, so daß die Leute von vornherein wissen, woran sie sind, ihnen ein gewisses Recht bezüglich ihrer Lohnforderungen eingeräumt wird.

Herr Geheimrat Harms hat im vorigen Jahre gesagt, die Lohnaufbesserungen erfolgten auf verschiedene Weise, zum Beispiel auch durch Beförderung in besser bezahlte Gruppen. Nun ist mir, um mir ein Beispiel herauszunehmen, von der Gruppe der Elektrikmonteure in Wilhelmshaven bekannt, daß dort Schlosser und Klempner seit Jahren die besser qualifizierten Arbeiter auszuwählen haben, ohne daß sie in die besser bezahlten Gruppen befördert worden sind. Dort ist es also keineswegs so, wie Herr Geheimrat Harms gesagt hat. Weiter möchte ich mir die Frage gefallen lassen: warum werden denn die *Klempner* und *Stenauer*, jene beiden Gruppen, die eine sehr ansehnliche Arbeit verrichten müssen, nicht in die Gruppe der Schiffbauer befördert, so daß sie den Verdienst dieser Gruppe erhalten?

Weiter ist mir eine große Zahl von Klagen über *Alfordberührung* zugegangen, und zwar nicht nur bei den *Alford*, die man ja hier im vorigen Jahre gelten ließ, sondern auch die *Labellenalforde* werden beklagt. Es sind Beweise dafür vorhanden, daß sogar schon die Veränderung der Zeitungsnummer den *Alfordberührung* Veranlassung gegeben hat, eine *Alfordberührung* vorzunehmen. Dieses System hat dazu beigetragen, daß in anderen Betriebsbetrieben heute die Preise niedriger sind als in der Privatindustrie. Es ist dem Herrn Direktor der Torpedowerkstatt Friedrichsort an Beispielen nachgewiesen worden, wie außerordentlich niedrig die Bezahlung in jenem Refektor ist, wie hoch demgegenüber die Preise sind, die für dieselben Arbeiter in Privatbetrieben gezahlt werden. Ich will auch hier auf die Beispiele selbst, obwohl ich sie zur Hand habe, nicht eingehen. Jedenfalls möchte ich daran eruchen, daß die Verberührung eine *Alford* der *Alford* vorkommen und sie gegenüber der betreffenden Arbeiter nach nicht zu ihrem Ungunsten geschaltet.

Bei der Erhöhung der Torpedowerkstatt möchte ich auch ein Wort zu dem *Prämien* sagen. Dieses System ist eine Ungerechtigkeit, besonders für die unteren Lohnklassen. Lohnklasse plus *Alfordberührung* plus *Prämien* — diese drei Einrichtungen zusammengenommen wirken demnach nachteilig, daß eine Erhöhung der *Alfordberührung* nicht mehr ausreicht zu erhalten ist. Der Herr Geheimrat Harms hat in der Budgetkommission gesagt, er wolle *Alfordberührung* einzuführen, ob die Beförderung möglich ist. Ich hoffe, daß er mit der nötigen Energie vorgeht, damit Ungerechtigkeiten, die gerade infolge des *Alfordberührung* in der Torpedowerkstatt herrschen, beseitigt werden.

Dann einige Worte zu der *Ueberarbeit*. Ich habe sie im vorigen Jahre hier kritisiert und Zahlen angegeben. Ich will heute eruchen, daß in den Werften *Alfordberührung* und Danzig im Jahre 1911 bei einer Belegschaft von 10 500 Arbeitern insgesamt an Ueberstunden 1 035 000 und an Sonntagsstunden 131 397 geleistet worden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Beim *Alford* des *Alford* *Sauer* ist 1/2 Jahr lang *Alfordberührung* übergeben worden, und ebenso ist bei der *Alford* und bei den *Alford* in *Alford* bis zu 100 Stunden die *Alford*

von dem einzelnen Mann gearbeitet worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch geht doch die soziale Wohlfahrt, die der Mannunbentag sein soll, vollständig zum Luful. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man braucht sich nicht darüber zu wundern, daß die Arbeiter dabei ihre Gesundheit ruinieren, daß auch die Werften nicht so vortheilhaft arbeiten, wie sie arbeiten würden, wenn sie vortheilhaft vorgehen würden. Der Herr Geheimrat hat uns einen großen Vortrag darüber gehalten, warum Ueberarbeit notwendig ist. Wenn man diesem Umrissen ernstlich zu Liebe gehen will, dann wird eine erhebliche Beschränkung möglich sein, ohne auf der anderen Seite die Schärfe herabzusetzen, die nach Meinung des Herrn Geheimrat Harms dabei herauskommen würden.

Ich sagte, man rümpelt die Gesundheit der Arbeiter. Im Reichsdurchschnitt beträgt die Zahl der Krankenfälle 35 Prozent. In Danzig ist aber bei einer Belegschaft von 3500 Arbeitern bei einer Ueberstundenzahl von 265 000 die Krankenzahl 62 Prozent (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), so daß sie ganz erheblich höher steht und die Marineverwaltung sich fragen muß, ob sie das noch weiter verantworten kann und will. In Danzig hat eine Gruppe von Handlangern von 214 Mann ihren Verdienst von 3,99 auf 4,42 M steigern können dadurch, daß sie 29 000 Ueberstunden und 2542 Nachstunden gearbeitet haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso auch andere Gruppen, deren Zahlen mir hier zur Verfügung stehen. Das Unwesen ist also in einer Weise ausgebreitet, daß in ernstester Weise Front dagegen gemacht werden muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben in der Budgetkommission weiter eine Auseinandersetzung über die ungeteilte Arbeitszeit gehabt, und zwar sowohl für die Beamten wie für die Arbeiter. Was für die Verberührung der Arbeitszeit bisher immer ins Feld geführt worden ist, das führe ich auch für die ungeteilte Arbeitszeit an. Genau dieselben Gründe sprechen dafür. Die Verwaltung sagt allerdings, der Mann müsse sein Mittagsbrot haben, sonst sei er in den späteren Stunden des Tages nicht so leistungsfähig. Ja, wenn er es nur hätte! Das hat er aber nicht. Er hat ja gar nicht die Möglichkeit, mittags nach Hause zu gehen. Ganz im Gegenteil, die große Mehrzahl der Arbeiter bleibt in der Werkstätte oder in der Nähe und kann den eigenen Haushalt nicht aufsuchen. Es ist in der Torpedowerkstatt Friedrichsort selbst vom Direktor in einer Mitteilung gesagt worden, daß von den 1900 Arbeitern im ganzen nur 500 in Friedrichsort und von Pries wohnen, alle übrigen außerhalb, so daß diese 1 1/2 Meilen von und zur Arbeitsstätte brauchen. Daraus ist zu ersehen, daß die Reichsverwaltung wünscht, gar nicht gedacht werden kann, daß die Einhaltung einer Mittagspause in dem Sinne, wie es die Reichsverwaltung wünscht, gar nicht gedacht werden kann. Es kommen für das weitere Wohnen Wohnungs- und Schulverhältnisse in Betracht. Ich kann mir denken, daß eine große Anzahl von Arbeitern, die in der Torpedowerkstatt arbeiten, das Bedürfnis haben, ihre Kinder nach Kiel in die Schule zu schicken, so daß sie deshalb in Kiel wohnen bleiben. Die ungeteilte Arbeitszeit wird für die Verwaltung keinen Schaden bringen, im Gegenteil; es wird an Betriebskosten gespart und der Leergang nicht nur der Maschinen, sondern auch der Menschen befreit werden, der Leergang, der bei beiden Pausen noch zu verzeichnen ist und um so größer ist, je länger die Pausen sind; eine Art Ersparnis, die von allen Praktikern bestätigt wird. Eins wird notwendig sein: die zwei kurzen Pausen, die bei der ungeteilten Arbeitszeit stattfinden, müssen von der neuerrichteten Arbeitszeit abgehen. Die Marineverwaltung kann das gute Mutes tun, sie wird nicht den geringsten Schaden davon haben, sondern, wie das andere Großindustrielle nachgewiesen haben, Vorteile.

Im vergangenen Jahre hatte ich dann auch für die *Seizer* in der *Centrale* die achtstündige Arbeitszeit verlangt. Es ist mir damals geantwortet worden, die Verberührung wäre mit meinem Vorschlage einverstanden gewesen, die Arbeiter hätten ihn aber abgelehnt. Die Sache liegt doch etwas anders. Es ist einer der höheren Beamten zu der betreffenden Arbeiterschaft gegangen, hat mit ihr verhandelt und sich um ihr darüber verständigt, sie sollten eine Erhöhung des Lohnes, 45 M pro Stunde, bekommen und einen bestimmten *Alfordberührung* dazu. Damit waren die Seizer durchaus einverstanden; aber gleich darauf hat der betreffende Beamte seine Zusage zurückgezogen und den Seizern eröffnet, es müsse bei dem Lohn für 8 Stunden verbleiben, so daß für Leute, die 12 oder 12 1/2 Stunden gearbeitet hatten und dafür auch Lohn erhielten, eine solche Reduzierung ihres Verdienstes unannehmbar war. Der Wunsch der Seizer, die Achtstündigkeit eingeführt zu sehen, ist um so berechtigter, als es sich hier um einen Betrieb handelt, der eine kolossale anstrengende und ungesunde Arbeit von den betreffenden Arbeitern verlangt. Ich möchte deshalb erneut die Marineverwaltung um eine Prüfung dieser Sache ersuchen. Soffentlich kommt sie dann zu einem anderen Resultate, das die Leute befriedigt.

Ähnlich wie bei den Seizern liegt es bei den *Schaltbrett* *Wächtern* und bei den *Maschinenwärtern*, die bei den *Turbinen* beschäftigt sind. Auch sie haben eine anstrengende Arbeit, und die von ihnen gestellten Forderungen sind im höchsten Grade berechtigt. Ich bedaure, daß sie von der Marineverwaltung noch nicht erfüllt worden sind.

Meine Kritik an der Verberührung der *Wardgebühren*, die ich im vergangenen Jahre vorgetragen habe, möchte ich, wenn ich heute näher darauf eingehen möchte, Wort für Wort wiederholen. Der neue Tarif und seine Verberührungssätze haben ja wohl eine Erhöhung gebracht, aber zu gleicher Zeit ist dieser Tarif so unfair und die Bestimmungen sind so verfauldet, daß tatsächlich eine Verberührung für die Leute eingetreten ist. Also auch das sollte man noch einmal reiflich prüfen. Es ist ja kürzlich eine Verberührung ergangen, die eine kleine Erleichterung schaffte; aber es ist mir von den Leuten mitgeteilt worden, allerdings nicht in den letzten Tagen — aber ich würde Nachricht bekommen haben, wenn sich inzwischen etwas verändert hätte —, daß die *Verberührung* es verstanden haben, trotz der neuen Verfügung den Leuten das Verberührungsgeld vorzuenthalten. In der Budgetkommission ist alles hochgegangen, als der Antrag des Zentrums kam, nach welchem eine gewisse *Verberührung* bei den *Offizieren* eintreten sollte, und ich begreife das *Verberührung* des Herrn Staatssekretärs und seiner Beamten, das sie dabei bekommen haben. Aber ich möchte wünschen, daß auch ein klein wenig davon mit ebensolcher Energie für die Arbeiter geltend gemacht würde, so daß wir in Zukunft Klagen nach der Richtung wenigstens nicht mehr in dem Umfang vorzubringen haben. Es wird für die Marineverwaltung ein Leichtes sein, und die Kosten fallen gar nicht so erheblich ins Gewicht, wenn man den 75 Pfennig für die Verberührung bestehen läßt und jenen Modus wieder einführt, wie er vorher gewesen ist, und wenn man weiter die *Verberührung* Einführung statt mit 1 M mit 1,50 M bezahlt. Damit würden die Leute befriedigt sein und es würde eine Forderung erfüllt sein, die sie zu stellen durchaus berechtigt sind.

Es ist schon im vorigen Jahre auch die Erweiterung des *Erholungsurlaubes* angeregt worden, und meine Herren, ich muß sagen, daß der Urlaub von vier Tagen nach sieben Jahren und von sechs Tagen nach zehn Jahren keineswegs als ausreichend bezeichnet werden kann. Bei den Verberührungen ist, soweit ich unterrichtet bin, auch Stimmung dafür vorhanden, eine Erweiterung einzutreten zu lassen. Es liegt also meiner Ansicht nach nur an der Marineverwaltung selbst, daß sie eine diesbezügliche Verfügung erläßt. Ich möchte eruchen, daß man aber dann nicht bei dem Vorschlage bleibt, wie er von einem der Verberührungsdirektoren gemacht ist, daß erst nach fünf Jahren der erste Urlaub gewährt werden soll, sondern daß er schon nach einer erheblich geringeren Verberührungsdauer eintritt.

Desgleichen möchte ich bezüglich der *Verberührung* der *Feiertage* auch in diesem Jahre der Marineverwaltung den Rat geben, man entließ diese Bezahlung eintreten zu lassen. Es ist mir mitgeteilt worden, daß in Kiel auch am Gründonnerstag auf der Kaiserlichen Werft gefeiert wird, und so wenigstens ist es, daß die Arbeiter möglichst viele Ruhepausen bekommen, so geht der Wert dieser Verberührung doch verloren, wenn die Leute eine Bezahlung nicht erhalten. Ich bitte also, daß man nach dieser Richtung etwas weiteranberührt, als es bisher geschehen ist.

Meine Herren, ich habe weiter für eine große Gruppe der...

Ich habe dann weiterhin in der Budgetkommission Beschlüsse...

Ich habe weiter schon in der Budgetkommission darum gebeten...

Ich habe dann eines Tages Befehls vom 11. November...

Ich habe dann schließlich gefragt, ob in Danzig eine...

Ich komme nunmehr zum Schluss meiner Ausführungen...

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte...

Für den in Nr. 9 der Metallarbeiter-Zeitung ausgeschriebenen...

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 3...

Der Verwaltungsvorstand Greifswald 10 3 pro Woche...

Der Verwaltungsvorstand Neumarkt vom 1. April an 10 3...

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung...

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsvorstand in Berlin: Der...

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsvorstand in Wankow: Der...

Aufforderung zur Rechtsfestigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert...

Auf Antrag der Verwaltungsvorstand in Dortmund: Der...

Auf Antrag der Verwaltungsvorstand in Düsseldorf: Der...

Auf Antrag der Verwaltungsvorstand in Hameln: Der...

Auf Antrag der Verwaltungsvorstand in Schwering: Der...

Auf Antrag der Verwaltungsvorstand in Stuttgart: Der...

Auf Antrag der Verwaltungsvorstand in Wehlar: Der...

Einzuziehen und an den Vorstand einzusenden ist:

Buch-Nr. 1.475.257 des Drehers Otto Hannusch...

Buch-Nr. 798.669 des Formers August Seegler...

Alle für den Vorstand bestimmten Sendungen sind an...

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes...

Man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rätestraße 16a...

auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das...

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzuhalten:

von Drahtziehern nach Dortmund (Eisenindustrie zu...

von Drahtziehern nach Witten (Eisenindustrie zu...

von Feilenhäufern und Feilenschleifern nach Mülheim a. Ruhr...

von Formern, Eisenerarbeitern u. Kernmachern nach Dortmund...

Arbeitsverhältnisse trotz aller Schorfmachergelüste zu verbessern...

Metallarbeiter.

Chemnitz. Ueber Lohnreduktionen und Lehrlingsausnutzung...

Sichtbildervorträge

des Kollegen Seb. Lauterbach aus Stuttgart über: „Die deutsche...

Sonnabend, 29. März in Saalfeld a. S. in Saale „Zopf“.

Sonntag, 30. März in Rudolfsstadt im Gumbinnen.

Dienstag, 1. April in Hameln im Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, 2. April in Hildesheim im Gewerkschaftshaus.

Freitag, 4. April in Weine im Saale „Schumacher“.

Sonnabend, 5. April in Celle-Neustadt im Saale „Mohnmann“.

Sonntag, 6. April in Borunum a. S. in Saale „Gampf“.

Montag, 7. April in Welfel im Vereinshaus.

Dienstag, 8. April in Hannover im Kongresshaus.

Mittwoch, 9. April in Wülfel im Wülfeler Biergarten.

Freitag, 11. April in Braunschweig im Kongresshaus.

Sonnabend, 12. April in Schwüningen in Klepp's Garten.

Sonntag, 13. April in Aschersleben im Saale „Otto Lewin“.

Montag, 14. April in Helmstedt im Saale „Stadt Hamburg“.

Dienstag, 15. April in Wolfenbüttel im Saale „Zum Zollen“.

Mittwoch, 16. April in Nordhausen in der Hoffnung.

Freitag, 18. April in Stendal bei R. Gröthe.

Sonnabend, 19. April in Tangerhütte im Saale „Stadt Magdeburg“.

Sonntag, 20. April in Weimar im Volkshaus.

Montag, 21. April in Erfurt im Zirkel.

Dienstag, 22. April in Apolda im Bürgerverein.

Mittwoch, 23. April in Jena im Gewerkschaftshaus.

Freitag, 25. April in Eisenach im Zirkel.

Sonnabend, 26. April in Mühlhausen i. Th. im Thüringer Hof.

Sonntag, 27. April in Weishaufen bei Suhl im Grünen Baum.

Montag, 28. April in Jella-St. Wl. bei Suhl im Deutschen Kaiser.

Dienstag, 29. April in Suhl in der Zentralthalle.

Korrespondenzen.

Formen.

Speyer. Die Firma Polorny & Wittelind ist ge...

Wehlar. Am 1. März fand im Lokal Kaltwasser eine all...

Düsseldorf. (Christliche Agitation.) Damit sich...

Düsseldorf-Venrath. Venrath, herrlich am Rhein ge...

Stellung Kredit gewähren. Nur müssen die Massen eben als Massen auftreten, während sie jetzt bei jeder Arbeitseinstellung in einzelne Konsumanten aufgelöst werden. Da wir es in den Konsumvereinen mit größeren Handelszentralen zu tun haben, so können die Gewerkschaften zu ihnen in ein bestimmtes Geschäftsverhältnis treten, was bei den vielen kleinen Geschäftsläden ausgeschlossen ist. Indem die Gewerkschaften sich auf die Konsumvereine stützen, können sie ihrerseits durch solidarische Haltung die Konsumvereine decken. Wenn man es mit Massenwirkungen zu tun hat, müssen die Gesetze der Deonomie genau beachtet werden. Eine Million Mark, verteilt unter hunderttausend Streikende, gibt mehrere hunderttausend kleine Ausgaben, die in der lauffähigsten ungewandtesten Weise vor sich gehen; dieselbe Million in den Händen des Konsumvereins gibt unbedingt viel mehr aus. Was man zu der Ernährung einer streikenden Masse braucht, das sind in der Hauptsache Brot, Kartoffeln, Fett und Milch; durch Masseneinkauf, Eigenproduktion und Massenabsatz können die Konsumvereine alle diese Gegenstände viel billiger abgeben, so daß man wohl rechnen kann, daß dadurch allein schon jeder Unterhaltungsstag sich in anderthalb Tage vermindern würde! Es gelten für die Massen der Streikenden dieselben wirtschaftlichen Gesetze, wie für die Massen in der Kaserne. Es wäre doch unerhört, wenn die Armeeverwaltung ihren Bedarf bei kleinen Krämmern einkaufen wollte, oder wenn man es jeder kleinen Abteilung überlassen würde, sich mit Subsistenzmitteln zu versorgen! Das geschieht aber noch immer bei den großen Streiks. Die Organisation des Einkaufs und der Zufuhr der Nahrungsmittel bildet die wichtigste Grundlage der modernen Armeeverwaltung, und so müssen es auch die Gewerkschaften lernen, bei ihren großen Kämpfen die Nahrungszufuhr vorzuleisten zu gestalten. Das können sie nur im Anschluß an die Konsumvereine.

Besonders noch an anderen Ausführungen über die mögliche Wirksamkeit und die jetzige Arbeit der Konsumgenossenschaften erkennt man, daß Parvus über die Arbeitsgrundlagen der modernen Konsumgenossenschaften nicht genauer unterrichtet ist. So erklärt er, daß jede Million, die man dem Konsumverein einzahlt, schon deshalb mindestens eine zweite Million Kredit bedeute, weil die Konsumvereine in größerer Zahlungskraft arbeiten! Auch was Parvus in den vorhin mitgeteilten Sätzen vorschlägt, geht in der gedachten Ausführung irre. Er zitiert das Pferd beim Schwanz auf. Die Hauptsache bei der geschuldeten Sachlage ist doch wohl, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter selbst Mitglieder der Konsumgenossenschaften werden und daß sie es weiter nicht erst dazu werden, wenn ein langwieriger Arbeitskampf droht. Der kluge Mann baut auch dazu vor! Er baut auch vor allem insofern vor, als er die Einrichtung der in Notzeiten hochwichtigen Spar- und Notfonds der Konsumgenossenschaften unterstützt und zu ihrem weiteren Ausbau beiträgt. Das ist eine viel wirksamere Art, wie die Arbeiter die Arbeitskämpfe aus ihrer Konsumvereinsmitgliedschaft Nutzen ziehen können, als wenn sie erst bei dem Ausbruch der Arbeitslosigkeit „laufmännlich zweckmäßig“ vorgehen wollten. Erfreulicherweise sehen das auch die Gewerkschaften immer mehr ein und sie unterrichten ihre Mitglieder dahingehend. Es ist ja auch leicht einzusehen, daß eine ständig arbeitende Einrichtung weit besser, weit ausgereprobter wirken kann, als wenn sie plötzlich oder gar völlig unerwartet und ohne bestimmte Erfahrungen für den Fall eingreifen sollte. Zwar empfiehlt auch Parvus den Arbeitern mit Rücksicht auf die Arbeitskämpfe den Eintritt in die Konsumgenossenschaften durchaus, er weist darauf hin, daß besonders bei großen Streiks die Arbeiter in Massen den Konsumvereinen zugeführt werden könnten. Er meint weiter, die Gewerkschaften könnten auch dazu übergehen, die Unterhaltungen statt in barem Geld, in Unterweisungen auf die Konsumvereine auszugeben.

Schon aus dem Grunde, weil andernfalls leicht ein Anlaß gefunden werden könnte, die dauernde Mitgliedschaft bei den Konsumgenossenschaften zu unterlassen, kann keine Rede davon sein, die Konsumgenossenschaften hauptsächlich oder wesentlich bei den Arbeitskämpfen selbst wirksam werden zu lassen. Was die Konsumgenossenschaften leisten können, ist nur möglich, wenn die Massen des Volkes dauernd in ihnen die beste Form für die Beschaffung ihrer Gebrauchsgüter sehen und dauernd dementsprechend handeln. Jede Verklammerung oder Gefährdung dieser breitesten Grundlage würde eine Bindung der Wirksamkeit bedeuten, allgemein und natürlich dann auch für einzelne Fälle.

Daß allerdings in den unruhigen Zeiten der drohenden Arbeitslosigkeit die Wichtigkeit der dauernden und frühzeitigen Mitgliedschaft in den Konsumgenossenschaften von den bedrohten Arbeitern besonders genügt werden sollte, wäre gewiß zu wünschen. Um so mehr, je weniger die beteiligten Arbeiter sonst für Notfälle gesichert sind.

Streikende Eisenbahner bei Thymen.

In Hamborn am Niederrhein, einem der Orte, wo der Industriegewaltige Thymen seine Herrschaft als ungetrübter König ausübt, sahen sich am 1. März die Lokomotivführer, Seizer und Maschinisten der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ genötigt, in den Streik zu treten. So wie in diesem Betriebe die Verhältnisse liegen, ist über die Ursache dieses Streiks wenig in die Öffentlichkeit gekommen. Nur die Hamborner Volkszeitung, ein Zentrumsblatt, wußte zu berichten, daß die unmittelbare Veranlassung die „nicht wiederzugebende Behandlung“ durch einen neuen Beamten gewesen sei. Schon vor Jahresfrist war es zu einer kurzen Arbeitsminderung gekommen, in dessen hatte man diese zu vertuschen gesucht. Nach Lage der Sache werden die Streikenden aber wohl sehr dringende Gründe gehabt haben. Am diesjährigen Streik waren beteiligt 76 Lokomotivführer, 6 Seizer und 282 Rangiermeister und Rangierer. Es wurden ihnen sofort die Werkzeuge entzogen und die Verhandlungen wurden abgelehnt, auch die Vermittlungen durch den Beigeordneten Mühlens und den Zentrumsabgeordneten Sauermann. Erst sollten die Ausständigen ins Feld zurückkehren, dann wollte man ihnen erlauben, ihre Beschwerden anzubringen. Selbstverständlich konnte der Kampf auch diesmal nicht lange dauern. Schon am Abend des 3. März meldete sich ein Teil der Ausständigen zur Rückkehr und die übrigen, etwa 270 Mann, wurden am folgenden Tage aufgefordert, ihre Entlassungspapiere in Empfang zu nehmen. Außerdem wurde ihnen wegen Kontraktbruches ein Wochenlohn in Höhe von 27 bis 36 M. abgezogen. Von den älteren Lokomotivführern, die zum Teil 18 bis 20 Jahre im Dienst waren, wurde keiner wieder eingestellt. Nur noch etwa 70 Mann fanden die „Gnade“, unmittelbar nach der Entlassung doch wieder eingestellt zu werden.

Die Firma Thymen gilt als sehr fromm. Ihr Chef ist bekannt als Kirchenbauer und Inhaber eines päpstlichen Ordens. Die Arbeiter der frommen Firma, die sich bisher noch zum überwiegenden Teil von der Organisation ferngehalten haben, werden sich über die Behandlung dieses Streiks jedenfalls ihre besonderen Gedanken machen.

Die christlichen Führer in der Klemme.

Es wird uns geschrieben: Sehr unangenehm empfinden es die Führer vom Zentrums-Metallarbeiterverband, daß der von ihnen betriebene organisierte Streikbruch bekannt geworden ist. Sie hatten gedacht, daß von diesem ihren Gewerbe die Öffentlichkeit nichts erfahren würde. Mit krampfhaften Anstrengungen und den wunderbarsten Kapriolen versuchen sie die Öffentlichkeit zu täuschen, doch will ihnen dies nicht gelingen. Aus allen Artikeln und Flugblättern, die sie schreiben, kommt ihre Verlegenheit zum Ausdruck. Sie versuchen, die Sache auf ein anderes Gebiet zu schieben, indem sie behaupten, daß der Deutsche Metallarbeiterverband ihnen im Mendener Kampfe Schwierigkeiten bereite. Ja, Herr Franz Weiber hat in Wenden in einer Versammlung gesagt: „Die roten Verbündeten warten nur auf den Zusammenbruch des Kampfes in Wenden, um dann der Fuß fassen zu können.“

Wieder denkt wohl, wir wären genau solche Hyänen des Schlachtfeldes wie die Christenführer? Dann hat er sich aber gewaltig getäuscht. Denn uns stehen die Mendener Arbeiter doch näher als die Unternehmer, wenn nun auch die Arbeiter in der „christlichen“ Organisation sind. Wir würden es bedauern, wenn die Mendener Arbeiter bereitwilling die langen Wochen gekämpft haben sollten, denn die Verhältnisse im Sauerland sind wirklich verbesserungsbedürftig, auch ist es entschieden zu verurteilen, daß die Unternehmer wegen den Differenzen bei einer Firma die Arbeiter ausgespart haben.

Also, ihr wahrheitsliebenden Christenführer, euch gilt der Kampf, da ihr an den Arbeiterinteressen gefündigt habt, nicht aber den sich im schweren Kampf befindlichen Arbeitern in Wenden. Allerdings kann man nicht schlechter von anderen denken, als man selbst ist! — Das könnte man diesen „Führern“ der Arbeiterbewegung zurufen. Wir erinnern nur an den Winter, der einst während des Kampfes der Klemper in Dantsig an seine Vertrauensmänner schrieb, daß wahrhaftig der Streik verloren gehen und dann durch die entstehende Unzufriedenheit der christliche Verband etwas erben würde.

Der Bezirksleiter Engel wollte doch auch vor einigen Jahren einen eventuellen Streik der Klemper in Bochum durch Befreiung von Streikbrechern kaputt machen. In Dortmund schloß man von christlicher Seite, obwohl nur zwei oder drei christlich organisierte Klemper vorhanden waren, während der Bewegung mit den Klempermeistern einen Tarif ab. In Stuttgart verfuhr man, durch Befreiung von Arbeitswilligen den Streik der Bau-schlosser zu brechen. Da sind die freien Gewerkschaftler doch bessere Christen, wie die christlichen Führer.

Der den Christenführern nachgewiesene organisierte Streikbruch in den einzelnen Orten wird von ihnen abgestritten. Wir wollen aber nochmals feststellen, daß die christlichen Führer in Ludwigsburg, Feuerbach, Hilben, Garstedt und Bremen Arbeitswillige vermittelt haben und dies zu einer Zeit, wo ihre eigenen Mitglieder in Wenden im Kampfe standen, und selbst ihren Streikenden zumuteten, Streikbrecher zu spielen.

Wollen uns die Christenführer nicht Antwort auf folgende Frage geben: Hat man sich nicht an Unternehmer gewandt, wo Differenzen im Anzuge waren, um ihnen im Notfall christlich organisierte Arbeiter zu liefern? Haben ferner die Christenführer nicht bei dem großen Kampf in Hannover 1912 hinter dem Rücken der anderen Organisationen verhandelt? Dies ist später selbst von den Unternehmern bestätigt worden. Und welche eine traurige Rolle spielen die Christlichen jetzt wieder bei der Bewegung auf der Rheinischen Metallwarenfabrik? Das riecht auch veräufelt nach Arbeiterverrat.

In Nr. 9 des schwarzen Metallarbeiter-Organis steht man sich auch an unsern Kollegen Spiegel fest. Fuchsteufelswulf ist man, weil Spiegel in verschiedenen Verammlungen das arbeitervogelnde Verhalten der „christlichen“ Führer beleuchtete. Nun, die schwarzen Demagogen mögen es sich merken, daß Spiegel sie ganz genau kennt, er war in der dunkeln Geburtsstunde feinerzeit zugegen, als das christliche Verbändchen das Licht der Welt erblickte. Franz Weiber stand ja als Laternen neben Dr. Hige mit der Kerze in der Hand, dies war ja auch das einzige Licht in all der Dunkelheit. Deshalb sind wohl auch die Laternen dieser Organisation so dunkel und müssen das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Kollege Spiegel ist den Christenführern sehr verhasst, weil er sie kennt und sie mehr als einmal auf ihre Pfoten geklopft hat. Er wird dies auch in Zukunft tun, wenn die christlichen Führer es verbleiben, selbst wenn sie noch so viel jammern und zieren. So schlechte Wiße die Christenführer in Nr. 9 ihres Blattes gemacht haben, genau so schlecht haben sie bis jetzt die Sache der Arbeiter vertreten.

Wie „Christen“ schwindeln.

Wiederholt haben die „christlichen“ Führer Gengler und andere die Behauptung aufgestellt, daß Streikende und Frauen von Streikenden während des Streiks bei der Firma „Sanitaria“ in Ludwigsburg von der Firma Geimarbeit erhalten und so solche erlitten hätten. Am 16. Januar wurde Gengler aufgefordert, seine Behauptungen zu beweisen. Am 3. März wurde die Aufforderung wiederholt und zugleich behauptet, daß er die Firma lügen, wenn sie die von ihnen behaupteten Vorurteile nicht wahrheitsgemäß belegen.

Am 8. März brachte endlich Gengler in dem Organ für Lebensmittellieferung und Volksvermittlung — dem Deutschen Volksblatt — eine Notiz, in der er zu den alten Lügen neue hinzufügte. Er berichtet sich, nachdem er die Streikenden vorher angepöbel hat, zu der erbärmlichen Ausrede: „Die Genossen sind keine Instanz, der Frage und Antwort zu stehen.“ So niedrig haben wir diese Gesellschaft wirklich noch nicht eingeschätzt. Erst Verleumdungen verbreiten, die an Niederträchtigkeit nicht mehr überboten werden können, und dann sich selbst auszuweisen versuchen, daß man keine Antwort gebe, das ist bei einer solchen Gesellschaft „christlich“. Zur gleichen Zeit, wo sich Gengler in Verleumdungen betätigt, aber damit zu reiten versucht, daß er den Genossen keine Antwort gebe, schwindelte er aufs neue ein vierseitiges Flugblatt zusammen, das den alten aufgebäumten Pöbel enthielt, der in den letzten Wochen schon wiederholt als Flugblatt gedruckt worden ist.

Die denkende Arbeiterschaft wird sich ihren Vers auf ein solches Verhalten machen. Nach außen hin die Grundzüge des Christentums als Notwendigkeit für die Organisation predigen und in Wirklichkeit Lüge auf Lüge, Verleumdung auf Verleumdung und Niedertracht auf Niedertracht häufen!

Ist etwas Gutes an diesen Dingen, dann ist es das: im Stuttgarter Industriegebiet ist hoffentlich für immer darüber Klarheit geschaffen, daß, wo immer auch Arbeiter ihre Lage besprechen, für solche Elemente wie Gengler und seine Hintermänner der Zimmermann ein Loch gelassen hat.

Christliche Charaktere.

In Wort und Schrift werden vom „christlichen“ Metallarbeiterverband fortgesetzt Verleumdungen und Beschuldigungen aller Art gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband und dessen Führer hinausgetragen und die Metallarbeiter aufgefordert, sich abzumenden von Leuten, deren Handwerk nur aus schmutzigen Lügen und Verleumdung besteht. In den so viel geläufigen Deutschen Metallarbeiter-Verband hat nun der „christliche“ Metallarbeiterverband in Stuttgart das Verlangen gestellt, bei der durch Tarifbindung erforderten Bewegung im Schlossergewerbe gemeinsam mit dem „christlichen“ Verband vorzugehen. Dieses Verlangen wurde vom Deutschen Metallarbeiter-Verband abgelehnt durch folgende Antwort:

An die Verwaltung des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Fernerstraße 39. Zu Ihrem Schreiben vom 12. dieses Monats haben unsere Mitglieder in den Bau-schlosserverbänden in der Versammlung am 14. März Stellung genommen und Ihr Anerbieten einstimmig abgelehnt. Eine eingehende Begründung zu diesem Beschluß werden wir nicht zu geben brauchen. Ihre und Ansehen unserer Organisation gebietet, gemeinsames Vorgehen mit einer Organisation abzulehnen, deren Angestellte und Funktionäre sich bei jeder Gelegenheit bereit finden, den Deutschen Metallarbeiter-Verband und seine Führer herunterzureißen, durch andere Vorgänge der Arbeiterbewegung den schwersten Schaden zuzufügen. (Unterschrift.)

Mitglieder konnten die „christlichen“ ihren Charakter nicht offenbaren. Nur sie allein wollen sonst die seligmachende und Erfolg versprechende Organisation sein, die freien Gewerkschaften lassen nach ihren Darlegungen nichts für die Arbeiterschaft. Einen Schmutz-Eißel nach dem andern gießen sie aus über die freien Gewerkschaften und ihre Führer. Sollen sie praktisch etwas leisten, dann sind die christlichen Gewerkschaften aber ohnmächtig. Im vorliegenden Fall wären die so verhöhlten Notizen wieder gut genug, auch den Christlichen zu Erfolgen zu verhelfen, allein sind sie dazu nicht imstande. Sein Hund würde ein Stück Brot nehmen von Gewerkschafts-

tretern, die bereit wären, mit den christlichen Vertretern zusammenzuarbeiten, nachdem sie vorher von denselben Leuten in der gemeinsten Weise angepöbel wurden. In Stuttgart mag ein Duzender christlich organisierter Bau-schlosser bei den Schlossermeistern heischig sein; diese würden alle besser beraten sein, dem „christlichen“ Metallarbeiterverband den Rücken zu kehren und sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen.

Anruf.

Anlaßlich des Werftarbeiterkampfes im Jahre 1910 wurden die Former Friedrich Johann Peter Maud, geb. 18. Februar 1882 zu Metzen, eingetr. 27. September 1904, Buchnr. 674 670, und der Former Anton Umbach, die damals in Ottenen arbeiteten, wegen Streikvergehens zu Gefängnisstrafen verurteilt. Der Belastungszeuge, auf dessen Aussage hin die beiden verurteilt wurden, sitzt jetzt in Untersuchungshaft wegen Betrugs, Urkundenfälschung und Vorpflegung falscher Laßchen. Außerdem ist er, wie aus den Strafakten herborgeht, schon mehrfach wegen ähnlicher Straftaten verurteilt. Dieser Zeuge hat brieflich das Geständnis gemacht, daß er von der Firma veranlaßt worden sei, gegen die beiden genannten Kollegen auszusagen. Es besteht also die Möglichkeit, daß diese in einem Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen werden. Darum ergeht an die beiden Kollegen, sowie ferner an sämtliche Ortsverbände u. s. w. die dringende Aufforderung, die Absichten der beiden an die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Samburg 1, Rejenbinderhof 57, einzufenden. Ueber den Kollegen Umbach können keine weiteren Angaben gemacht werden.

Vom Ausland.

Österreich.

Wir hatten schon wiederholt Gelegenheit, darauf zu verweisen, daß die Unternehmer seit langem ihre Vorbereitungen treffen, um im Jahre 1913 den Gewerkschaften eine Schlächt zu liefern. Mit klugem Vorbedacht wurde es von ihnen so eingerichtet, daß eine große Anzahl Tarifverträge gleichzeitig zum Ablauf kommen. Der gleichzeitige Ablauf vieler Tarifverträge sollte die Aktionskraft der Gewerkschaften lähmen, weil diese, auf mehreren Seiten engagiert, dann weniger widerstandsfähig sein würden. Die Massenhaftigkeit der Lohnbewegungen sollte die Gewerkschaften erdrücken! Dieser Plan der Unternehmer ist nun nach daburch ausfahrtsreicher geworden, daß untermutet eine schwere Krise über die österreichische Industrie hereinbrach. Die traurigen auswärtigen Verhältnisse des Reiches haben auf das schwerste seine Industrie beeinträchtigt und zur scharfen Not geführt. Die österreichischen Gewerkschaften hatten unter solchen Verhältnissen allen Grund, den in diesem Frühjahr kommenden Dingen mit eintiger Besorgnis entgegenzusehen. Aber schon jetzt kann man sagen, daß die Rechnung der Unternehmer ein beträchtliches Loch hat. Die Gewerkschaften erweisen sich auch in dieser schweren Zeit als kräftig genug, den Unternehmerorganisationen erfolgreich entgegenzutreten. Während zuerst viele Unternehmer auf dem Standpunkt standen, mit den Gewerkschaften überhaupt keinen neuen Vertrag abzuschließen und daß erst der Kampf entschieden sollte, mer der Stürkereise, haben bereits sehr wichtige Unternehmerrgruppen in den lauren Apfel besessen müssen und sich zum Abschluß von Kollektivverträgen bequem. So ist für das Wiener Tischlergewerbe, in dem es schon wiederholt zu großen und ungemein erbitterten Kämpfen gekommen war, diesmal ein Vertrag abgeschlossen worden, ohne daß ein Streik nötig wurde. Dieser Vertrag brachte den Arbeitern einige wesentliche Verbesserungen ihrer Arbeitsverhältnisse. Die Schornmacher waren während ob dieses Vertragschlusses und beschimpften ihre Kollegen aus dem Tischlergewerbe, weil diese vorzeitig nachgegeben hätten. „Die erste Schlächt in diesem Jahre sei verloren“, so jammerte ein führendes Organ der Schornmacher. Die Borkirfer und Magerer halfen den Unternehmern jedoch nichts und bald mußte sich eine neue Gruppe zum Vertragsabschluss bequemen. Im Wiener Zimmerergewerbe wurde ein Vertrag abgeschlossen, der den Arbeitern sogar ganz beträchtliche Vorteile brachte. Eine verhältnismäßig ansehnliche Lohnhöhung wurde erzielt und auch sonst eine Verbesserung des Arbeitsverhältnisses herbeigeführt.

Schwerer als der Abschluß der Tischler- und Zimmererverträge dürfte die Abschluß von Kollektivverträgen im Baugewerbe und ebenso in der Wiener Metall- und Maschinenindustrie gestaltet sein. Am 1. März dieses Jahres sind in der Metall- und Maschinenindustrie, im Schlossergewerbe, im Spenglergewerbe, ferner für die Maurer, die Bauhilfsarbeiter, die Stukkateure, die Anstreicher, die Ziegelarbeiter ein großer Teil der bisher geltenden Verträge abgelaufen, ohne daß es gelungen ist, einen neuen Abschluß zu erzielen. Für alle diese Gewerbe ist nun der vertragslose Zustand eingetreten.

In der Wiener Metall- und Maschinenindustrie und dem Glazierergewerbe spitzten sich die Verhältnisse zu, so daß ein Konflikt in immer drohendere Nähe rückt. Die durch den vertragslosen Zustand herbeigeführte Erregung wird noch gesteigert durch das provokatorische Verhalten der Unternehmer und der ihnen ergebenden Betriebsbeamten. Gerade die jetzige so gespannte Zeit wird von ihnen benutzt, um Vertrauensmänner zu spåkregeln, Morbipresse zu reduzieren und den Arbeitern mit Aus-spåkungsplänen zu drohen, die angeblich vom Wiener Industriellenverband bereits beschlossen seien.

Der Metallarbeiterverband hatte für Montag den 3. März eine Versammlung der Hauptvertrauensmänner der für den Abschluß eines Tarifvertrages in Betracht kommenden Betriebe einberufen. Diese Versammlung hat sich mit den letzten Vorbereitungen zur Ausperrung und der in der vertragslosen Zeit einschlagenden Zahl beschäftigt und darauf bezugnehmende Beschlüsse gefaßt. Die Hauptvertrauensmänner haben es entschieden abgelehnt, auf einen fünfjährigen Vertrag einzugehen, wie es die Unternehmer gerne gesehen hätten. Auch von einem vierjährigen Vertrag könne man die Rede sein, wenn eine Verklammerung der Arbeiterschaft eine Verbesserung der Minimallohne, eine Teuerungszulage jetzt und eine solche in zwei Jahren, in entsprechender Höhe im Vertrag vorgehen würden. Wenn die Unternehmer nicht Vernunft annehmen, ist ein schwerer Konflikt unausweichlich, denn die Arbeiter sind durch das feste Anwaschen der Forderungsgewungen, auf die Erfüllung der Forderungen zu bestehen, die geeignet erscheinen, wenigstens einer Beschleierung ihrer Lebenshaltung vorzubeugen.

Auch im Wiener Schlossergewerbe war bisher eine Einigung zwischen den Arbeitern und Unternehmern nicht zu erzielen, trotzdem bereits zweimal eine Verhandlung mit der Unternehmervereinigung stattfand. Das Entgegenkommen der Meister wurde von den Vertretern der Arbeiter als viel zu gering bezeichnet, um einen Vertragsabschluss zu ermöglichen. Vorläufig besteht überhaupt kein Vertrag, da der frühere Vertrag am 1. März abgelaufen ist.

Am 1. April dieses Jahres läuft der Vertrag der Wiener Gas- und Wasserleitungsinstallateure ab. Er ist bis jetzt noch nicht erneuert worden. Die Meister haben erklärt, überhaupt keinen Tarifvertrag mehr abschließen zu wollen, weil sie angeblich dadurch zu große Verpflichtungen über ihren Rücken, ohne dafür eine Garantie der Arbeiter zu haben, daß ihrerseits der Vertrag eingehalten werde. Zwar ist während der ganzen vierjährigen Dauer des letzten Vertrages über keinen einzigen Fall von Vertragsuntreue der Arbeiter Lage geklärt worden, was aber die Meister nicht hindert, sich zu stellen, als ob nur die Besorgnis vor Vertragsbrüchen sie hindert, einen Vertrag abzuschließen. In Wirklichkeit scheinen die Meister es wieder einmal mit einer vertragslosen Zeit probieren zu wollen, die die kleinen Meister — die diesen Beschluß herbeigeführt haben — gegenüber den größeren Unternehmern in einigen Vorteil liegt. Die Meister werden ja selbst bald

